kommunistische hochschulzeitung

MAI 74 HERAUSGEGEBEN VON DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN STUDENTENORGANISATION/WIEN(MLS) 3.Jg./Nr.5

WEG MIT DER STUDIENORDNUNG FÜR DAS PÄDAGOGIKUM

Die geplante Studienordnung für die pädagogische Ausbildung der Lehramtsstudenten ist ein neuer schwerer Angriff des Staates auf die Rechte der Studenten. Nicht nur, daß der Leistungsdruck damit ins Ungeheuerliche wächst - mit der Einführung des Schulpraktikums wird die Einschüchterung und Kontrolle über die Studenten empfindlich verschärft. Die Gesinnungsschnüffelei wird gesetzlich geschützt. Die Schulbehörde hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, Studenten, die durch ihre Kritik "stören" aus dem Praktikum hinauszuschmeißen.

Es ist klar: In einer Zeit, in der die Klassengegensätze in der ganzen Gesellschaft immer schärfer werden, in der die Arbeiterklasse immer bewußter den Kampf um ihre Interessen führt, in der es im ganzen Volk zu gären beginnt und die Herrschaft der Bourgoisie nicht mehr so sicher dasteht, in so einer Zeit ist es der Bourgoisie doppelt so wichtig, ruhige Schulen zu haben, in denen brave Staatsbürger herangezogen werden. Dazu braucht sie Lehrer, die bereitwillig die Kinder des Volkes mit der Ideologie der Bourgoisie vergiften und sie von jeder Rebellion abhalten. Diese Lakaiendienste für die Bourgoisie zu verrichten, dazu sollen wir ausgebildet werden!

Aber immer mehr Studenten beginnen sich gegen diese ihnen zugedachte Rolle aufzulehnen. Die Studienordnung mit ihrer verschärften Einschüchterung und Kontrolle im Schulpraktikum ist ein Mittel des bürgerlichen Staats, uns wieder zum Schweigen zu bringen. Dieses Mittel müssen wir dem Staat aus der Hand schlagen. Die Studienordnung muß verhindert werden! Weg mit der Studienordnung! In einer breiten Demonstration müssen wir unsere Ablehnung zum Ausdruck bringen! Vorher müssen wir auf einer Hörerversammlung aller Studenten der Phil.Fak. endgültig über die nötigen Kampfschritte und Kampfziele beraten und entscheiden! Wir müssen die ÖH zwingen, diesen Kampf zu unterstützen!

Die Arbeiterklasse tritt für ein Volksbildungswesen ein, wo die Jugendlichen nicht aufgespalten sind, sondern in einem einheitlichen Volksbildungswesen polytechnisch ausgebildet werden. Sie tritt dafür ein, daß das Schulwesen vom Volk und nicht vom bürgerlichen Staat kontrolliert wird; daß die Lehrer dem Volk verantwortlich sind, von ihm bestimmt und jederzeit abgewählt werden können. Sie tritt dagegen auf, daß die Lehrer durch Zwangsmaßnahmen der Schulbürokratie zu Bütteln des bürgerlichen Staates gemacht werden. Auf dieser Linie schließt die Arbeiterklasse in den Schulfragen das ganze Volk gegen den bürgerlichen Staat zusammen. Dem Kampf um diese demokratischen Forderungen müssen wir uns anschließen, wenn unser Kampf gegen die Studienordnung eine weitergehende Perspektive bekommen soll:

- *Unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18.Lebensjahr!*
- *Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung; Unterbindung aller administrativen Eingriffe der Zentralgewalt in die Festlegung der Lehrpläne und in die Auswahl des Lehrpersonals; Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung selbst und Recht der Bevölkerung, unerwünschte Lehrer abzuberufen!*

GEGEN DIE UNGEHEURE VERSCHÄRFUNG DES LEISTUNGSDRUCKS DURCH DAS PÄDAGOGIKUM!

GEGEN DIE EINSCHÜCHTERUNG UND POLITISCHE DISZIPLINIERUNG IM SCHULPRAKTIKUM!

FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG IN AUSBILDUNG UND BERUF!

GEGEN DIE ORGANISIERTE KONTROLLE UND AUSLESE DURCH SCHULBEHÖRDE, PRAKTIKUMSLEITER UND HOCHSCHULPROFESSOREN!

GEGEN DIE REAKTIONÄRE FORMIERUNG DER LEHRERAUSBILDUNG - WEG MIT DER STUDIENORDNUNG!

Kampf der reaktionären Formierung der Lehrerausbildung

Der Studienordnungsentwurf des Ministeriums über die pädagogische Ausbildung der Lehramtskandidaten, der in letzter Zeit bekannt wurde (siehe KHZ 4/74) hat bei vielen Studenten Empörung ausgelöst. In Graz und Salzburg gab es bereits Protestversammlungen, hier bei uns wächst die Zahl der Studenten, die der Meinung sind, daß dieser Entwurf nicht beschlossen werden darf.
Diese Studienordnung unterwirft einen großen Teil der student. Jugend - die LA- Studenten - einer außerordentlich scharfen Kontrolle durch die staatlichen Behörden und verstärkt den ideologischen und politischen Druck auf sie. Der bürgerliche Staat verschärft damit schlagartig die Studienbedingungen der LA-Studenten. Die Kollegen sollen schon ab dem nächsten oder übernächsten Semester diese neue pädagogische Ausbildung besuchen.

DER KERN DES GANZEN: EIN 12-WÖCHIGES SCHULPRAKTIKUM

Obligatorisch soll der Besuch des SCHULPRAKTIKUMs im 5.Semester sein. Nach einem kurzen Vorbereitungskurs werden die Studenten dann an bestimmte Schulen geschickt, wo sie am Unterricht teilnehmen und ihn zum Teil selbst durchführen müssen.
An dieses Schulpraktikum schließt sich dann die Fachdidaktik an, die mit einzelnen Schulbesuchen verbunden ist. Das Ganze bildet also einen Block, die Beurteilung des Schulpraktikums wird durch den Fachdidaktikleiter zur Benotung der Fachdidaktikseminare herangezogen. Der positive Abschluß des ganzen Blocks ist Voraussetzung für die Zulassung zur Diplomprüfung. Daneben sind noch "allgemeinpädagogische" Lehrveranstaltungen zu besuchen und die normale wissenschaftliche Ausbildung geht in den beiden Studienfächern weiter. Auch bei diesen sollen die Leistungsanforderungen, v.a. im ersten Studienabschnitt, durch neue STOen für das Lehramtsstudium hinaufgeschraubt werden. Bei den Naturwissenschaften z.B. sollen im ersten Studienabschnitt (4 Semester) im ersten Lehrjahr 4o-6o Wochenstunden verlangt werden. Also ein ganz schöner Leistungsdruck.

Alle Reformisten bis zum KSV loben gerade die praxisnahe Ausbildung besonders, wenn sie dann auch diese oder jene Kleinigkeit auszusetzen haben. Was diese Praxisnähe aber tatsächlich ist, das haben schon viele Studenten erkannt. Die Kollegen stehen im Schulpraktikum unter der Aufsicht des Professors, der ihren Unterricht kritisieren soll. Er soll darüber hinaus Anweisungen für den Unterrichtsbetrieb geben. Derselbe Professor wird dann freilich gemeinsam mit dem Direktor der Schule das Praktikum schriftlich benoten, und eine Beurteilung des Verhaltens des Studenten hinzufügen, die der Fachdidaktikleiter auf der Hochschule erhält. Da Ablauf und Ort des Praktikums natürlich von den Schulbehörden bestimmt werden, ist dieses Prakitum nur dazu da, die Kollegen zur Übernahme der Unterrichtsinhalte, Methoden und Unterrichtsmittel der bestehenden Schulpraxis zu zwingen. Die Überwachung und Beurteilung durch den Praktikumsprofessor reicht aber dem bürgerlichen Staat nicht aus, um die Kollegen einzuschüchtern und zu kontrollieren. In der Studienordnung ist ein umfassendes, organisiertes Kontrollsystem durch Schulbehörde, Praktikumsleiter und HS-Professoren vorgesehen.

Diese werden sich auf mündlichen Konferenzen und auf schriftlichem Weg ständig über das Verhalten der Studenten auf der Hochschule und in den praktischen Übungen in der Schule informieren. So werden die zukünftigen Vorgesetzten der LA-Studenten über die politischen Aktivitäten, über die Bereitschaft der einzelnen Studenten, sich der bürgerlichen Ausbildung unterzuordnen, Bescheid wissen, und eine solide Grundlage für die Entscheidung über Einstellung oder Nichteinstellung der frischausgebildeten Lehrkräfte zur Hand haben.

In besonderen Fällen können fortschrittliche Studenten jedoch schon während des Studiums ausgesondert werden. Die Schulaufsichtsbehörden haben nämlich das Recht, in den Praktikumsbetrieb nach Gutdünken einzugreifen und so die Kollegen von vornherein an die Autorität der staatl. Behörden über die Schulen zu gewöhnen, sondern sie haben auch die "*Pflicht, wenn durch das Verhalten eines Studierenden der ordnungsgemäße Ablauf des Praktikums gestört wird, diesen Studierenden aus dem Praktikum auszuschließen*"
Was die Schulaufsichtbehörden darunter verstehen, haben sie klar in ihren Beschwerden über die Absolventen des Faches Kunsterziehung von der Akademie der bildenden Künste gezeigt. Sie klagen über die Gefahr einer "Veränderung des Faches durch die Abgänge gewisser Ausbildungsstätten, in einen Bereich ständiger Gesellschaftskritik" (vgl. KHZ 4/74 ausführlicher Bericht). Solche Studenten sollen in Zukunft ihre Lehrerausbildung gar nicht mehr abschließen können. Einer dieser Schulaufsichtsbeamten spricht offen aus, was auch der Zweck der Bestimmung in der STO ist: "*In etwa einem Jahr...muß mit einer größeren Gruppe ...gerechnet werden, die... erhebliche Unruhe in den Schulbereich bringen wird, sofern nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen getroffen werden*".

Der Druck auf die Kollegen im Praktikum verstärkt sich noch durch ihre völlige Isolierung dort. Sie sind mit höchstens zwei, drei anderen Studenten zusammen. Sie können sich die Schule nicht nur nicht aussuchen, sondern müssen damit rechnen, das Praktikum auch außerhalb ihres Studienortes zu absolvieren.

FACHDIDAKTIK

Die Ergebnisse dieses Praktikums werden dann von den Leitern der Fachdidaktikseminare berücksichtigt. Dort werden Unterrichtsstunden vorgeplant und Unterrichtsmittel besprochen. Grundlage der Fachdidaktik ist, daß die Schüler zum Lernen gezwungen werden müssen. Den Schülern tritt der Stoff ja auch tatsächlich als etwas Feindliches gegenüber, das sie nicht lernen wollen, aber bei der Prüfung beherrschen müssen. Interesse und Mitarbeit muß durch Zwang, offene und versteckte Drohung und raffinierte Tricks ersetzt werden. Nichts anderes ist die Fachdidaktik. Zugleich wird in diesen Seminaren alle Aufmerksamkeit der Studenten auf die Lehrpläne und die Unterrichtsbücher konzentriert. Sie sollen im Unterricht nicht von diesen abweichen, nur die offiziellen Bücher verwenden. Diese Lehrpläne stoßen ebenso wie die Fachdidaktik auf die entschiedene Ablehnung durch viele Studenten und Lehrer. Ihr reaktionärer Charakter ist eben derartig unverhüllt, daß die Illusionen über die Pädagogik als Hilfe bei der Erziehung sofort zerbrechen. Gerade deshalb muß die freie Diskussion und die Auseinandersetzung in diesen Seminaren weitgehend unterbunden werden. Eine Reihe von administrativen Maßnahmen, Tests und unverhüllte Drohungen, Kritiker nicht positiv abzuschließen usw. sollen die Kollegen einschüchtern.

DER STAAT FORMIERT DIE LEHRERAUSBILDUNG

Diese Studienordnung erweist sich als ein schwerer Angriff auf alle Rechte der Studenten, sie soll für die pädagogische Ausbildung die Freiheit der Kritik und Auseinandersetzung beseitigen, sie plant eine organisierte Bespitzelung und unterstellt die LA-Studenten vollständig dem Kuratel der staatlichen Behörden. Die Bourgeoisie braucht alle diese Maßnahmen nicht in erster Linie deswegen, weil die LA-Studenten sofort niederdiszipliniert werden müssen, sondern deswegen, weil der Zustand der Ruhe auf den höheren Schulen um jeden Preis erhalten werden muß, weil sie auf keinen Fall zulassen will, daß die Lehrer aufhören, ihre besten Büttel bei der Unterdrükkung des Volkes zu sein. Wenn es in derganzen Gesellschaft zu brodeln beginnt, wenn die politische und ideologische Herrschaft der Kapitalistenklasse nicht mehr widerspruchslos hingenommen wird, dann muß der bürgerliche Staat darangehen, die Schulen und Lehrer eng unter seine Kontrolle zu nehmen. Dann bemüht er sich auch die Lehrerausbildung fest im Griff zu haben.
Die Bourgeoisie kann aber nicht auf dem Wege der Überzeugung ihre Erziehungmethoden den Lehreren andrehen, sie kann die bürgerl. Wissenschaft nicht zur Diskussion stellen, sie kann ihr Schulwesen und ihre Unterrichtsziele, nämlich die Unterdrückung des Volkes, nicht offen aussprechen. Deshalb muß sie zur administrativen Verhinderung der freien Diskussion übergehen, deshalb muß sie die LA-Studenten durch Einschüchterung zwingen, sich die Erziehungsmethoden der Bourgeoisie anzueignen. Deshalb muß sie die Studenten bespitzeln und die besonders Aktiven rauswerfen. Deshalb erläßt sie

solche Studienordnungen, die helfen sollen, die innere Ordnung der Schulen noch ein Weilchen zu erhalten.

DEN KAMPF ORGANISIEREN!

Alle fortschrittlichen Studenten, die gegen Einschüchterung, politische Disziplinierung, organisierte Kontrolle und Auslese sind, müssen zum Kampf gegen diesen STO-Entwurf übergehen.

- GEGEN DIE UNGEHEURE VERSCHÄRFUNG DES LEISTUNGSDRUCKS DURCH DAS "PÄDAGOGIKUM" UND DIE GEPLANTEN LEHRAMTS-STOen!
- GEGEN DIE EINSCHÜCHTERUNG UND POLITISCHE DISZIPLINIERUNG IM SCHULPRAKTIKUM!
- GEGEN DIE ORGANISIERTE KONTROLLE UND AUSLESE DURCH SCHULBEHÖRDE, PRAKTIKUMSLEITER UND HS-PROFESSOREN!
- GEGEN DIE REAKTIONÄRE FORMIERUNG DER LEHRERAUSBILDUNG WEG MIT DEM PÄDAGOGIK STO-ENTWURF!

Der Kampf gegen diese STO muß zielgerichtet und konsequent in Angriff genommen werden, alle Studenten müssen sich darüber beraten, welche Kampfmittel dazu geeignet und notwendig sind, um diesen reaktionären Plan zu verhindern. Dazu ist es erforderlich, den breitesten kämpferischen Protest gegen diese STO auszudrücken und die Behörden zu Stellungnahmen dazu zu zwingen.

Auf jeden Fall wird es notwendig sein, auf den Instituten, die für die Lehrerausbildung wichtig sind, und auf der ganzen Phil. Fak. Hörerversammlungen über den KAMPF gegen die Pädagogik-STO einzuberufen. Alle Kräfte müssen auf die Vorbereitung einer Demonstration zum Wissenschaftsministerium konzentriert werden, um die zuständigen Minister zur Rede zu stellen und unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

TEACH - IN : Kampf der reaktionären Formierung des Lehramtsstudiums Dienstag 28.5. 20h Hs 1 NIG

DAS VOLK MUSS DEN KAMPF UM DIE SCHULEN FÜHREN

Bei vielen Studenten, v.a. solchen, die später als Lehrer tätig sein wollen, herrscht eine große Unzufriedenheit mit dem bestehenden Ausbildungswesen und viele Studenten suchen nach einem Weg auf dem die Ungerechtigkeit und die Misere in den Schulen abzuschaffen sind.

Die Ideologen und Politiker der Bourgoisie präsentieren ein Reformkonzept nach dem anderen, die alle die Unzufriedenheit, die auch im Volk herrscht, einschläfern und vorspiegeln sollen, daß die Belange der Ausbildung beim bürgerlichen Staat in besten Händen seien und daß alle Mißstände auf dem Boden des bestehenden Systems abzuschaffen seien. In Wirklichkeit handelt es sich bei der Misere im Ausbildungsbereich keineswegs um einzelne Mißstände, sondern es ist als Gesamtes der konsequente Ausdruck der kapitalistischen Ausbeuterordnung und bis in die letzten Winkel nach den Bedürfnissen der Bourgoisie organisiert. Daran wird sich solange nichts ändern, als die Herrschaft der Bourgoisie über die Schulen unangetastet bleibt und die Volksmassen nicht begonnen haben, die Belange der Ausbildung ihrer Kinder in die eigenen Hände zu nehmen. Wenn jeder nur die Chancen seiner eigenen Kinder auf einen möglichst guten Platz in den höheren Rängen der Gesellschaft im Auge hat und solange sich die Menschen von der Parole der Chancengleichheit ködern lassen, die die Bourgoisie im Verein mit den Reformisten andauernd im Munde führt, solange wird sich die Bourgoisie die Hände reiben, weil dadurch ihre Herrschaft keineswegs angetastet wird.

Im Gegenteil, diese Parole geht gerade aus von der sozialen Ungleichheit in der Gesellschaft und von der Ausbeutung und Unterdrückung der Mehrheit der Volksmassen durch die Bougoisie und will lediglich jedem die Chance des sozialen Aufstiegs einräumen.

An der sozialen Ungleichheit und an der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird sich aber durch Reformen im Ausbildungswesen keinesfalls etwas ändern, sondern nur durch die Entfaltung des Klassenkampfs für den Sturz der Bourgoisie und die Einleitung der sozialen Revolution. Deshalb gilt es den Kampf um das Volksbildungswesen auf einer solchen Linie zu führen, daß dadurch die politische Gegenüberstellung der Volksmassen mit der Bourgoisie und ihrem Staat, sowie die Fähigkeit der Massen, den Klassenkampf zu führen, gefördert wird.

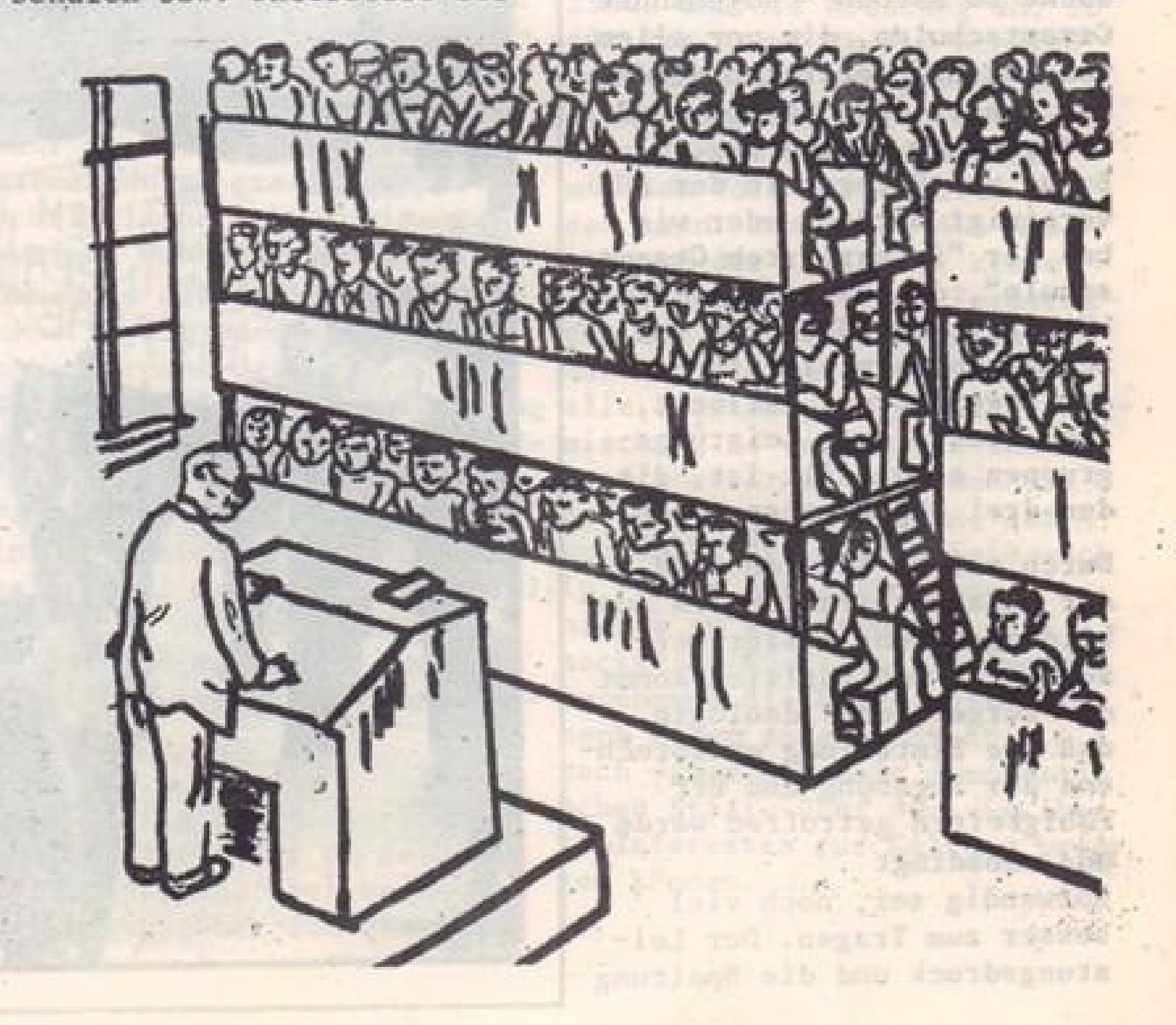
DAS KAPITALISTISCHE AUSBILDUNGSWESEN - VERDUMMUNG UND SPALTUNG DES VOLKES

In der Frage der Ausbildung, wie in allen Fragen von gesellschaftlicher Bedeutung stehen sich die Interessen von Bourgoisie und Proletariat diametral gegenüber. Die Bourgoisie hat ein Interesse daran, die Bildung der breiten Volksmassen auf das zur Gewährleistung ihrer Profitinteressen notwendige Mindestmaß auszurichten und nur einem kleinen Teil eine höhere Ausbildung zu gewähren, der zur Aufrechterhaltung der Ausbeutung und Unterdrückung beitragen soll und deshalb vom Volk abgesondert wird und auf es herabsehen soll. Dem entspricht die gesamte Organisation des Ausbildungswesens :

Auf der einen Seite die Hauptschulen, die die allgemeine Volksbildung gewährleisten sollen - auf der anderen Seite die Allgemeinbildenden Höheren Schulen und die Hochschulen, die privilegierte Parteigänger des Kapitals ausbilden sollen.

Nach vier Jahren einheitlicher Ausbildung in den Volksschulen, die in Ausstattung, Niveau, Zahl der Lehrer pro Kind usw. bedeutende Unterschiede je nach Arbeiterwohnviertel oder Bourgoisviertel aufweisen, werden die Kinder aufgeteilt auf A- oder B-Zug der Hauptschulen bzw. Unterstufe der AHS. Damit ist das Schicksal, das sie in ihrem Leben in der kapitalistischen Ausbeuterordnung erleiden werden im wesentlichen vorgezeichnet:

B-Zug der Hauptschulen bedeutet Vorbereitung auf ein Leben als Hilfsarbeiter oder Angelernter Arbeiter - ihm werden bestenfalls noch die vier Grundrechnungsarten und ein wenig Rechtschreibung wirklich beigebracht, vor allem aber eines: Disziplin und wieder Disziplin; daß er dumm sei und faul und daß er gegenüber den Vorgesetzten nicht zu mucksen habe. Von denen, die eine weiterführende Schule beginnen, kommen mindestens 30 % nach kurzer Zeit wieder zurück. An Lehrstellen sind für Absolventen des B-Zuges im wesentlichen nur noch solche in den Kleinbetrieben übrig, wo sie praktisch keine Ausbildung erhalten dafür aber umso mehr für den Profit des Unter-



nehmers schuften, der ohne die billigen Arbeitskräfte der Lehrlinge zusperren müßte und der die Lehrlinge nach 3 Jahren auf die Straße setzt und neue einstellt.

A-Zug bedeutet die Möglichkeit Facharbeiter oder Angestellter zu werden - "mit denen kann man schon etwas mehr anfangen als mit dem Rest" (eine Praktikumslehrerin in der Pädagogischen Akademie). Dementsprechend sind die Methoden der Disziplinierung schon etwas subtiler. Die Kinder werden gegen die B-Zügler ausgespielt und als etwas Besseres hingestellt. Es wird ihnen das Schreckensbild des Absinkens in den B-Zug an die Wand gemalt - sie haben bereits etwas zu verlieren und es wird ihnen schon mehr beigebracht als dumpfes Auswendiglernen und mechanisches Einüben von Rechenoperationen.

An der AHS werden die Kinder, soweit sie nicht nach der Unterstufe ausgesondert werden, einer langen Ausbildung unterworfen, während der sie immer mehr vom Volk abgesondert werden und ein abstraktes theoretisches Interesse entwickeln, wo ihnen eine Abneigung und ein Herabsehen auf die körperliche Arbeit beigebracht wird und sie auf eine Ausbildung an der Hochschule oder eine Beamtenlaufbahn im bürgerlichen Staatsapparat vorbereitet werden. Diese Schulen haben relativ mehr Mittel zur Verfügung, die Lehrer werden länger und umfassender ausgebildet - die Bourgoisie läßt sich die Ausbildung ihrer direkten Funktionäre mehr kosten als die Ausbildung der Volksmassen. Zahlen dafür tut die Arbeiterklasse und das Volk.

In den letzten Jahren wurde damit begonnen, Schulversuche zu machen - sogenannte Gesamtschulen, die vor allem von der SPÖ vertreten werden. Das schaut dann so aus, daß unter einem Dach A-Zug, B-Zug und Unterstufe der AHS vereinigt werden, oder wie bei der "integrierten Gesamtschule", die heutzutage den bürgerlichen Pädagogen und Schulreformern ein Stöhnen der Begeisterung entlockt, jede Klasse nach Leistungsgruppen eingeteilt ist, die den drei Zügen entsprechen.

Durch solche Schulen wird der Klassencharakter des Ausbildungswesens besser verschleiert und zugleich kommt die bürgerliche Ideologie, daß die Einteilung entsprechend der Begabung und der Fähigkeiten getroffen werde und unbedingt notwendig sei, noch viel besser zum Tragen. Der Leistungsdruck und die Spaltung der Jugend wird aufs Äußerste verschärft und das bürgerliche Leistungsdenken eingeimpft, weil die Frage des Aufsteigens bzw. Absinkens in eine andere Leistungsgruppe dauernd auf der Tagesordnung steht.

So bekommen die Jugendlichen in den verschiedenen Zweigen der kapitalistischen Klassenschule jeweils ein Bild von der Gesellschaft vermittelt, das ihrer eigenen sozialen Stellung entspricht: Die einen lernen die Welt mit den Augen der zukünftigen Unterdrücker sehen - die anderen mit denen der Unterdrückten. Durch die völlige Losgelöstheit des Unterrichts vom gesellschaftlichen Leben und von der Produktion sowie durch die zunehmende Spezialisierung wird ihnen jeder Überblick über die gesellschaftliche Praxis verwehrt, sie werden voneinander gespalten und gegeneinander ausgespielt und sollen nichts Anderes in den Sinn bekommen als ihr eigenes Fortkommen und ihren eigenen Vorteil.

Die Klassenspaltung der Gesellschaft in Herrschende und Beherrschte erscheint ihnen naturgegeben, durch ihre eigene Begabung und Ausbildung bedingt und der Blick, mit dem sie den Feind, den Kapitalismus und die Bourgoisie erkennen könnten, wird ihnen vernebelt.

Die Arbeiterklasse und das Volk hat demgegenüber ein Interesse an einem solchen Ausbildungswesen, das die Voraussetzungen verbessert, die bestehenden Verhältnisse der Ausbeutung und der Unterdrückung zu durchschauen und das die notwendigen elementaren Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, die das Volk braucht, um die Klassenkämpfe verfolgen, sich in die Staatsangelegenheiten einmischen und den Kampf um seine Rechte aufnehmen zu können.

Ein solches Ausbildungswesen muß einheitlich sein.

Die Arbeiterklasse hat keinerlei Interesse daran, daß die Kinder auf verschiedene Schulen aufgespalten und gegeneinander ausgespielt werden, sie tritt ein für das Recht auf gleiche Ausbildung für jedermann.

Alle Kinder sollen gleichermaßen einen Überblick über das gesellschaftliche Leben und die gesellschaftliche Produktion vermittelt bekommen und zwar theoretisch und praktisch - dadurch wird die Erkenntnis erleichtert, daß nicht die unterschiedliche Begabung, nicht die Ungleichheit der Bildungschancen die Ursache für die Spaltung der Gesellschaft in Herrschende und Beherrschte ist, sondern die kapitalistische Produktion. Deshalb die Forderung :

Unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr, Einheitsschule, Versor-

→

Ein 1. Mai unter den Losungen der Arbeiterklasse

An die 1ooo Menschen - Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten - zogen am 1. Mai unter den Losungen der Einheit und Selbständigkeit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfs über den Ring. Sie zeigten so ihre Feindschaft gegen das kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem und die Entschlossenheit, für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, für den Sieg des Sozialismus zu kämpfen. So wurde das "Monopol" der SPÖ und KPÖ auf den 1. Mai durchbrochen und das Bild am 1. Mai nicht mehr ausschließlich durch Aufmärsche unter Losungen der Sozialpartnerschaft geprägt. Zur Demonstration hatte der KB Wien gemeinsam mit der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (VRA) aufgerufen. Diese Demonstration unter revolutionären Losungen zeigt, daß der politische Einfluß der Kommunisten unter den Arbeiter-und Volksmassen steigt, die sich in den Betrieben, an den Arbeitsstätten, in den Siedlungen und Wohnvierteln gegen die kapitalistischen Verhältnisse zu wehren beginnen.



gung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lebensmittels auf Staatskosten.

Für diese grundlegenden Rechte des ganzen Volkes müssen sich auch die fortschrittlichen Lehrer und Studenten einsetzen und sie müssen an der Seite des Volkes für ihre Durchsetzung kämpfen. Diese Rechte wird die Bourgoisie niemals freiwillig einlösen, weil sie ihrem Interesse an der Herabdrückung der Bildung des Volkes und seiner Aufspaltung in Sonderbereiche mit Sonderinteressen widersprechen, weil sie Angst hat vor einer umfassenden Bildung der Massen, die diese befähigt, ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen und die Parasiten davonzujagen.

NICHT DER STAAT, SONDERN DAS VOLK MUSS DAS VOLKSBILDUNGSWESEN KONTROLLIEREN

Die Bourgeoisie hat die Organisation, die Verwaltung und die Kontrolle der Schulen ihrem Staat übertragen, der ihre Klasseninteressen gegenüber dem Volke vertritt. Es wäre unsinnig, von diesem Staat, auf den das Volk keinerlei Einfluß hat und dessen Hauptaufgabe es immer mehr wird, das Volk niederzuhalten und jede selbständige politische Bewegung der Massen im Keim zu ersticken, von diesem Staat Reformen zu erwarten, die die Interessen des Volkes zur Geltung bringen.




Der Weg ins Leben

Der bürgerliche Staat hat sich mit den Schulbehörden, von den Direktoren, Landesschulräten, Inspektoren, usw. bis zum Ministerium einen gewaltigen bürokratischen Apparat geschaffen, mittels dem er seine Fonktion als Volkserzieher erfüllt. Hunderte Beamte sitzen herum und haben keine andere Funktion als Verordnungen auszudenken und andere Menschen zu kontrollieren, zu bespitzeln und zu disziplinieren. Der Staat unterwirft die Lehrerschaft seiner Kontrolle und macht die Lehrer gegenüber dem Volk zu Hoheitsträgern, die an den Kindern und gegenüber den Eltern die Schulpflicht zur Geltung bringen und sich dabei nicht auf das Vertrauen der Eltern sondern ausschließlich auf die Gesetze stützen müssen. Die Schule wird zu einem Ort der Disziplinierung und Unterdrückung, vor dem Eltern und Kinder gleichermaßen Angst und Mißtrauen empfinden, wo die Eltern gegen ihre Kinder ausgespielt und die Kinder den Eltern entfremdet werden.

Dem Lehrer sitzen alle übergeordneten Orgeane der Schulbehörden im Nacken und es wird zu seiner obersten Pflicht, Disziplin zu halten, wozu er die verschiedensten didaktischen Tricks bis hinunter zur Strafe einsetzen muß. - das erste, was der Direktor untersucht und bemerkt ist, wenn ein Lehrer "Disziplinschwierigkeiten " hat. Er ist den Schulbehörden auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, muß mit seiner Hinundherversetzung rechnen, ist der Benotung und Schulmeisterung durch Inspektoren und Direktion unterworfen und muß sich das Vertrauen des Direktors erschleichen. Er muß die Lehrpläne, die er vom Staat vorgesetzt bekommt, gegenüber den Kindern vertreten und wird durch das alles zu einem Büttel der Bourgeoisie, zu einem Instrument der ideologischen Indoktrinierung der Schüler in ihrem Sinne.

Der Kampf um ein einheitliches Volksbildungswesen kann daher nicht konsequent geführt werden, ohne daß gleichzeitig der Kampf gegen den Staat als Volkserzeiher aufgenommen wird. Der Einfluß der Bürokratie des imperialistischen Staatsapparats muß zurückgedrängt werden mit dem Ziel, das Volksbildungswesen völlig ihrem Einfluß zu entreißen und es unter die direkte Verwaltung und Kontrolle des Volkes zu stellen. Das Volk muß hellhörig werden gegenüber den Verhältnissen der Unterdrückung und Disziplinierung, denen die Kinder in den Schulen unterworfen sind, die Eltern müssen sich das Recht nehmen, Einblick zu bekommen in die Vorgänge in den Schulen und darauf Einfluß zu nehmen. Die Lehrer können hier eine wichtige Rolle spielen, indem sie veröffentlichen, was hinter den Mauern der Schulen vor sich geht und gemeinsam mit der betroffenen Bevölkerung in Versammlungen, mittels gewählter Komitees, usw. den Kampf gegen jede reaktionäre Maßnahme aufnehmen. Das Volk muß sich das Recht nehmen, auf die Lehrpläne Einfluß zu nehmen und solche Lehrer, die es wünscht, zu wählen und solche, die es nicht wünscht, abzuberufen.

Wenn sich die Bevölkerung des Einzugsgebiets einer Schule darum kümmert, welche Lehrer ihre Kinder unterrichten, ist es für den Staat nicht mehr so leicht zu Repressionsmaßnahmen zu greifen und fortschrittliche Lehrer hinauszuwerfen. Deshalb die Forderung: *Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung; Unterbindung aller administrativen Eingriffe der Zentralgewalt in die Festlegung der Lehrpläne und in die Auswahl des Lehrpersonals; Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung selbst und Recht der Bevölkerung unerwünschte Lehrer abzuberufen!*

Gegenwärtig führt das Volk noch keinen Kampf um das Ausbildungswesen, aber seine Gefühle gegenüber den Schulen werden schon immer mehr dominiert von Mißtrauen und Unzufriedenheit. Auch der Großteil der fortschrittlichen Lehrer versucht noch individuell, sich über die Runden zu bringen, den Kindern zu helfen so gut es geht und Reibungsflächen zu vermeiden. Deshalb gibt es noch wenige Fälle, wo die Disziplinierung und Unterdrückung der Lehrer breit in die Öffentlichkeit getragen worden ist, wie z.B. die Rausschmisse von Stadler und Larcher. Es ist deshalb von großer Bedeutung, daß die Unruhe und Unzufriedenheit eine Perspektive gewinnt, für die es sich lohnt zu kämpfen. Der Weg, wie die Bevölkerung vorangebracht werden kann, ist, daß sie beginnt, sich in alle Fragen der Ausbildung einzumischen, sich zusammenzuschließen und mittels geeigneter Organe tatsächlich in die Vorgänge an der Schule einzugreifen. Die demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse nach einem einheitlichen Volksbildungswesen, das unter der Verwaltung und Kontrolle des Volkes steht, geben das Ziel und die Richtung an, in die der Kampf um die Schulen gehen muß und sie geben die Linie an, auf der die Einheit der Lehrer und Schüler mit dem Volk hergestellt werden kann. Wenn sich die Massen auf der Linie der konsequent demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse in die Schulangelegenheiten wie in alle Staatsangelegenheiten einmischen, so werden sie zunehmend ihre Kraft erkennen und darauf gestoßen werden, daß vom Staat der Bourgeoisie auch in Fragen der Ausbildung nichts zu erwarten ist als nackteste Reaktion. Sie werden zunehmend die Frage aufwerfen nach einem anderen Staat, nach einem wahrhaft demokratischen Staat, über den sie ihre Interessen zur Geltung bringen können.

BRIEF EINER LEHRERIN

Die Funktion des Lehrers in der bürgerlichen Schule - am Beispiel des Deutschunterrichtes

Seit zwei Jahren unterrichte ich an einem Gymnasium. Wenn ich Euch hier einiges über meinen Einblick in die Schulpraxis berichte, so tue ich dies nicht, weil ich damit irgend etwas besonders Neues aufzeigen will. - Es ist nicht neu, daß das kapitalistische Schulsystem volksfeindlich ist, daß die vom kapitalistischen Staat organisierte Schule in erster Linie der Durchsetzung und Sicherung der Interessen des Kapitals dient. Ich will hier vielmehr aus meinen eigenen Erfahrungen bestätigen, welche Rolle der Lehrer in einem solchen Erziehungssystem übernehmen muß.

Er wird vom bürgerlichen Staat als Staatsdiener eingesetzt, um als Bewahrer und Verteidiger dieses Staates aufzutreten. Er ist Exekutor der staatlichen Autorität, was sich unter anderem in seiner ziemlich unbeschränkten Prüfungsgewalt zeigt, und soll die Schüler genau jener massiven Indoktrinierung durch die bürgerliche Ideologie aussetzen, die zur Aufrechterhaltung des Staates und des kapitalistischen Systems notwendig ist. Was er lehrt, darf nicht sein, wie man die bestehenden Verhältnisse ändern kann, sondern wie man Ausbeutung und Unterdrückung möglichst gut erhält. Um zu gewährleisten, daß er diese Aufgabe auch zur vollen Zufriedenheit erfüllt, wird er gut auf sie vorbereitet. Das mehrjährige Hochschulstudium, in dem er mit bürgerlicher Ideologie (sowohl in seinen Fächern, als auch in sinnloser Pädagogik) vollgestopft wird, wird ergänzt durch das Probejahr. In diesem ersten Schuljahr unterrichtet man nicht selbst. Man wird einem "erfahrenen" Kollegen unterstellt, der einem all jene didaktischen Tricks beibringen soll, wie man den Schülern möglichst gekonnt und "anschaulich" reaktionäre Inhalte vermitteln kann, wie man sie am unauffälligsten diszipliniert u.a.m. Zu diesem Zweck muß man sich Unterrichtsstunden des Einführenden anhören, manchmal selber Stunden halten und nach einer Schulstunde, genannt Probeauftritt, der mit einer normalen Schulstunde nicht das geringste gemein hat, weil sich Schüler sowohl als auch Lehrer völlig anders verhalten, wenn 15 - 20 andere Leute im Zimmer sitzen, erhält man eine Note für den Auftritt, und eine Beurteilung für das Probejahr. Von dieser hängt in hohem Maß die Zukunft als Lehrer ab. Ist man nicht unangenehm aufgefallen, d.h. hat man sich gut angepaßt und dem Einführenden brav zugehört, womöglich auch noch seine Art zu unterrichten übernommen, bekommt man eine gute Beurteilung.

Für einen Deutschlehrer, altbewährt als Ideologievermittler, kommt noch dazu, daß der Einführende wichtige Lektürehinweise gibt, an die man sich möglichst halten soll. Außerdem schreiben Lehrpläne, vor allem aber die Schulbücher, die man (laut Erlaß) im Unterricht verwenden muß, vor, was an Ideologie vermittelt werden soll. Die Deutschbücher (ich beschränke mich hier auf die Unterstufenbücher) sind im Laufe der Zeit von allzu krassen Erscheinungsformen faschistischer Ideologie befreit worden, aber nur um den Preis, daß immer noch alle Hinweise auf die gesellschaftlichen Kräfte, die ein Interesse an der Zerschlagung des kapitalistischen Staates haben, unterdrückt bleiben, - jetzt wird die Zusammenarbeit propagiert.

AUS DEN LESEBÜCHERN...

Im Lesebuch "Welt im Wort" für die erste Klasse steht eine interessante Geschichte:

"B.Christiansen:Die ungleichen Angestellten.
Zwei gleichaltrige junge Leute wurden gleichzeitig in einem Geschäftshause mit gleichem Gehalt angestellt. Es bestand also volle Gleichheit.
Blieb diese? - Nein, denn der eine der beiden Angestellten, Arnold, rückte rasch auf, der andere, Bruno, blieb in seiner bescheidenen Stellung.
Bruno war deshalb unzufrieden, aber nicht mit sich selbst, sondern mit dem nach seiner Ansicht ungerechten Chef, bei dem er sich eines Tages beklagte.
Dieser hörte ihn wohlwollend an und erklärte sich bereit, ihm den Unterschied klarzustellen.
"Herr Bruno," sagte er, "gehen Sie einmal auf den Markt hinüber und sehen sie, was heute früh angeführt wurde."
Bruno kam zurück und meldete, es sei bis jetzt ein Fuhrmann da, mit einem Wagen Roggen.
"Wieviel?" lautete die Frage.
Bruno setzte sich noch einmal den Hut auf, ging fort und berichtete bald darauf, daß es vierzig Säcke seien.
"Was kostet der Roggen?"
Bruno ging zum drittenmal fort und brachte des Bauern Forderung.
"Nun", sagte der Geschäftsinhaber zu Bruno, "setzen Sie sich einmal auf diesen Stuhl, sprechen Sie kein Wort und hören Sie mir umsomehr zu."
Es wurde Arnold gerufen, der auch sehen sollte, was auf dem Markt angeführt worden sei. Bald kam er zurück und berichtete, der Bauer, der bis jetzt allein sei, habe vierzig Säcke Roggen, er verlange zwar so und so viel, doch sei anzunehmen, daß auch ein billigeres Angebot Annahme finden werde. Der Roggen sei einwandfrei, wie die mitgebrachte Probe erweise. Der Bauer habe aber auch einige Säcke schönen Hafers, der sehr billig sei. Da der Hafer für die Pferde zur Neige gehe und man am Platz nicht so vorteilhaft kaufen könne, so rate er, rasch zuzugreifen, und habe deshalb nicht bloß die Probe des Hafers, sondern auch gleich den Bauern mitgebracht, der draussen warte.
Der Geschäftsmann nahm Bruno zur Seite und fragte ihn, ob er nun wisse, warum Arnold ein höheres Gehalt bekomme."
(s. 192, WiW)

Wer gut mit dem Kapitalisten zusammenarbeitet, wer viel für ihn schafft, wird belohnt, der andere wird bestraft, zu Recht, das müssen schon die Kleinsten lernen, es deckt sich auch genau mit ihren Notenerfahrungen: fleißige Schüler - gute Noten, faule Schüler - schlechte Noten.

Beispiele solcher Art könnte man viele anführen, man bedenke nur welche Schriftsteller dieses Lesebuch dominieren: Waggerl, Rosegger, Ebner-Eschenbach, Preradovic, Konrad Lorenz, Otto König, Paula Grogger usw. usw.!

Neben der Vermittlung von Lebensweisheiten wie: "Die Demokratie erstrebt einen Zustand, in dem jeder eine Frage stellen darf" (Ernst Jünger, Lesebucher der 4. Klasse, WiW, s. 280) oder "Wenn die Massen zu wüten beginnen, und die Vernunft sich verdunkelt, tut man gut, sofern man der Gesundheitseiner Seele nicht ganz sicher ist, unter einem Torweg unterzutreten und nach dem Wetter auszuschauen" (Friedrich Nietsche, ebd.) hat auch die Religion ihren Zweck zu erfüllen. Sie ist ebenfalls sehr nützlich, sie stützt und bewahrt den bürgerlichen Staat: "Diese Demut aber, die aus der Liebe stammt, die alles erträgt, alles erduldet, sich nicht verbittern läßt, die da, wo Gott sie hinstellt, ausharrt bis ans Ende, sei es zum Leben, sei es zum Tode, ausharrt in dem Bewußtsein, daß über dem Menschen des Herren Wille walte und dieser Wille ertragen werden müsse zur eigenen Sühnung und anderer Heil, im Größten wie im Kleinsten, diese Demut ist der Sinn, der die Helden zeugte.." (Jeremias Gotthelf, WiW, 4.



Klasse, s. 357). Demut ist eben gefragt, sie erzieht Untertanen, die fleißigen und alles ertragenden Arbeiter, die den Kapitalisten Reichtümer schaffen, die sich widerspruchslos ausbeuten lassen.

Über den Staat lernt der ebenfalls 14-jährige Gymnasiast: "Gewiß hat er eigene Wurzeln, und seine Autorität kommt im letzten von Gott ... Aus dem freien Werke jedes einzelnen entspringt der Staat. Was jeder aus ihm macht, das ist er. In mir wurzelt der Staat, in dir! Ludwig XIV hat einmal... gesagt: "Der Staat, das bin ich!" Das sollten wir eigentlich alle sagen. Aber ein Wort tiefster Verantwortung müßte es uns sein ... Und wer schafft ihn? Nicht irgend ein geheimnisvolles ES, sondern du! Wohl muß Ordnung im Staate sein, sonst geht alles aus den Fugen. Aber von Persönlichkeiten verkörpert, die wissen, daß sie nicht Untergebene kommandieren, sondern freien Menschen gegenüber die Staatsordnung vertreten. Und der Gehorsam soll geleistet werden nicht von Bedienten, sondern von Persönlichkeiten, die Gott verantwortlich sind..." (Romano Guardini, "Du und der Staat", WiW, 4.Klasse, s 355/56) Es geht in derselben Argumentation weiter, besser kann man die Wirklichkeit des Klassenstaates wohl nicht mehr verdrehen, das Volk trägt selbst noch die Verantwortung dafür, daß es von der Bourgeoisie unterdrückt wird!

Ich könnte die Serie der Beispiele beliebig verlängern - sie alle laufen, seien sie mehr oder weniger offen, auf eines hinaus: Sie erfüllen die Funktion der herrschenden Erziehungspraxis, ihren (und zwar nicht unerheblichen) Beitrag zur Stabilisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu leisten, zur Vermittlung der herrschenden Ideologie beizutragen, um die bewußtseinsmäßige Bindung der Massen an die Interessen der Bourgeoisie zu gewährleisten, dem Kapital- und nicht dem Volk zu dienen.

N.N.

Gegen Heimpreiserhöhungen - Kampf um höhere Stipendien

In den Heimen der österr. Studentenförderungsstiftung soll eine Erhöhung des Heimpreises um 100,-- öS monatlich durchgeführt werden. Während bisher für ein Einbettzimmer 610,-- und für ein Zweibettzimmer 520,-- S pro Kopf und Monat hinzulegen waren, sollen es jetzt 710,-- bzw. 620,-- S sein. Dabei sind schon die jetzigen Preise horrend, machen sie doch ca. 30% des Höchststipendiums aus, das beileibe nicht alle Studenten beziehen.
Nicht nur, daß die Kollegen in den Heimen einem ständigen Druck und ständiger Kontrolle unterworfen sind, die Heime sind auch ein profitables Geschäft. Das zeigt sich deutlich an den Zimmerpreisen und wird vollends offenkundig, wenn die Kollegen pünktlich Ende Juni ihr Zimmer verlassen müssen und das Heim in ein Hotel verwandelt wird.

Die geplante Erhöhung des Heimpreises trifft die ca. 1.300 Studenten, die in Heimen der Stiftung wohnen, mit voller Wucht. Nachdem die Preise für fast alle lebensnotwendigen Waren in der letzten Zeit stark gestiegen sind, führt diese zusätzliche finanzielle Belastung dazu, daß die Stipendien nur mehr zu einem geringen Teil die notwendigen Ausgaben decken.

Der geplanten Erhöhung des Heimpreises muß der schärfste Kampf angesagt werden. Wir dürfen uns nicht scheuen, zu organisierten Kampfmaßnahmen zu greifen, um die Geschäftsleitung und die sogenannten "Studentenvertreter" unter Druck zu setzen.

Gegen die allgemeine Verschlechterung unseres Lebensniveaus können wir uns aber nur wehren, wenn wir den Kampf um ausreichende Stipendien aufnehmen. Dabei dürfen wir uns von Täuschungs- und Ablenkungsmanövern des Staates wie der Erhöhung der Stipendien um 3oo.-S,was in Anbetracht der allgemeinen Preistreiberei und der schikanösen Vergabe der reinste Hohn ist,nicht irre machen lassen.Wir müssen mit Nachdruck für unsere gerechten Forderungen eintreten und eine Erhöhung des Höchststipendiums auf mindestens 3.000,-- S fordern, d.h. auf einen Betrag, mit dem man die lebensnotwendigen Ausgaben gerade noch decken kann. Und um sicherzustellen, daß alle Studenten aus werktätigen Familien, die durch die Preissteigerungen am stärksten betroffen sind, in den Genuß des Höchstipendiums kommen, muß die Bemessungsgrundlage für das Höchstipendium auf das Durchschnittseinkommen einer Arbeiterfamilie erhöht werden.

Es kann den Studenten nicht gleichgültig sein, woher das Geld für ihre Ausbildung kommt. Da die Hochschulen eine Einrichtung der Bourgeosie sind und nur ihren Zwecken dienen, soll das Volk weder für ihre finanzielle Erhaltung noch für die Bestreitung der Stipendien aufkommen, sondern die Kapitalisten selbst. Nur wenn wir uns dagegen stellen, daß die Bourgeoisie über die Steuern das Volk auspreßt, um damit den Staat und seine Einrichtungen zu finanzieren, können wir uns dadurch in die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes einreihen und bleiben unsere Kämpfe nicht borniert auf der Verteidigung von Privilegien stehen. Fordern wir die Abschaffung der indirekten Steuern, die scheinbar jeden gleich, in Wirklichkeit aber die werktätige Bevölkerung am meisten treffen und das Steuersystem völlig undurchsichtig machen. Fordern wir die Bestreitung der Kosten für die Hochschule wie für alle öffentlichen Einrichtungen aus einer progressiven Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft.

Unterstützen wir die Forderung der Arbeiterklasse nach Steuerfreiheit für Löhne und Gehälter bis 10.000,-- S, die heute die einzig richtige Antwort auf den ungeheuren Lohnsteuerdruck und die"Reformpläne" der verschiedenen bürgerlichen Kräfte ist, mit denen sie die Empörung dämpfen wollen.

KAMPF DEN HEIMPREISERHÖHUNGEN!

FÜR DIE SOFORTIGE ERHÖHUNG DES HÖCHSTIPENDIUMS AUF MINDESTENS 3.000,-- S MONATLICH!

DIE KÄRNTNER LANDESREGIERUNG VERSCHÄRFT DIE SITUATION IN DEN WIHAST-HEIMEN

In den Osterferien ließ die von der SPÖ kontrollierte Kärntner Landesregierung allen Studenten in den Heimen der "Wirtschaftshilfe für Arbeiterstudenten" (WIHAST), die von ihr den Heimplatz zugewiesen erhalten haben, mitteilen, eine Weitervergabe des Platzes erfolge nur mehr für "die Dauer der für die jeweilige Studienrichtung vorgesehenen Studienzeit(Überschreitung bis zu einem Jahr wird in Ausnahmefällen (!) berücksicht)".

Diese Maßnahme geht über die Reglementierung im Zuge der Hochschulreform hinaus. Bei der Vergabe der Studienbeihilfe hat man noch einen Spielraum von einigen Semestern gelassen. Es ist bekanntlich in den meisten Studienrichtungen unmöglich zur vorgeschriebenen Zeit fertigzuwerden. Da besonders die ärmeren Studenten auf die gegenüber Privatzimmer billigeren Heimplätze angewiesen sind, bringt ihnen dieser Angriff eine bedeutende Verschlechterung ihrer finanziellen Lage.

Es ist also kein Wunder, daß eine große Unruhe in den Heimen ist. In einer solchen Situation wagen es nur mehr die bornierten Sozialdemokraten abzuwiegeln. Sie behaupten, der Brief der Landesregierung sei gar nicht so gemeint, der "Genosse" Wagner (Landeshauptmann) wisse sicher nichts davon, man solle höflich vorsprechen und bitten, diese Sache noch einmal zu überprüfen . . . Mit allen Tricks wollen diese Leute verhindern, daß die Studenten sich gegen diesen Angriff zur Wehr setzen.

Wirksam wehren können wir uns nur, wenn wir kein Vertrauen in die Landesregierung setzen und uns auf die eigenen Kräfte stützen und die Kollegen mobilisieren. Die jetzt stattfindenden Heimausschußsitzungen, Heimvollversammlungen und Unterschriftensammlungen, die den Protest ausdrücken, sind ein guter Anfang. Wo es solche noch nicht gibt, müssen wir sie organisieren. Alle Heimbewohner, nicht nur die Kärntner, sollten sich beteiligen, weil die anderen Stiftungsorganisationen leicht nachziehen können, wenn dieser Vorstoß der Kärtner Landesregierung auf keinen Widerstand stößt.

Dabei brauchen wir aber eine klare Orientierung. Das einzige Mittel, um sich erfolgreich gegen Schikanen der Heimorganisationen zu wehren, ist die Stärkung der studentischen Selbstverwaltung durch Einbeziehung aller Heimbewohner in die politischen Fragen des Heimlebens. Das wirksamste Mittel, um sich gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen der ärmeren Studenten zu wehren, ist der Kampf für ein Höchststipendium, das zum Leben ausreicht.

(ein Genosse aus einem WIHAST-Heim)

Das Volk läßt sich nicht betrügen- Leistungsschau durchschaut

Das Spektakel der Leistungsschau, womit die Bourgeoisie samt ihren Professoren und Doktoren dem Volk weismachen wollte, daß ihre Wissenschaft und Forschung seinen Interessen dient und womit die Feinde des Volks das offene Eingeständnis der völligen Losgelöstheit der Wissenschaft vom Volk bekundeten, ist vorbei. Schon die ganze Aufmachung hat gezeigt, was diese "stellenjagenden Staatsparasiten, Kuppler des Klassenvorurteils, diplomierten Lakaien des Pfaffentums" vom Volk halten. Die ganze Ausstellung war gekennzeichnet von ihrer Ansicht, daß sie sich herablassen müßten, auf die Ebene des gewöhnlichen ("ordinären") Bewußtseins, um dem Volk ihre großartigen Erkenntnisse nahezubringen.

Aber trotz des gewaltigen finanziellen Aufwands (mindestens 1,3 Millionen Schilling) hat dieses großangelegte Betrugsmanöver seinen Zweck keineswegs erfüllt: Die kommunistischen und viele fortschrittliche Studenten haben sich die Aufgabe gestellt, die Leistungsschau als Tribüne zu benutzen, um eine breite Aufklärung darüber zu entfalten, was die wirklichen Leistungen der bürgerlichen Universität sind und diese Aufgabe war nicht schwer zu erfüllen. Lügen haben bekanntlich kurze Beine und die Ausstellung hat uns eine Fülle von Material geboten, um der Bevölkerung, die mit Recht wenig Interesse für diese Schau aufbrachte, anschaulich zu zeigen, wem diese Leistungen nützen.

Obwohl sich die einzelnen Institute große Mühe gemacht haben, solche Beispiele aus ihren Tätigkeitbereichen zu finden, die den volksfeindlichen Charakter ihrer Wissenschaft möglichst verschleiern sollten, haben sie wenig Glück dabei gehabt. Das zeigt z.B. anschaulich der Bericht unserer Zelle Mathematik/Naturwissenschaft. Die Enthüllungen der Genossen haben die Schausteller gezwungen, ihren großartigen "Kaskadenimpaktor" nicht nur als Gerät vorzustellen, das die Umweltverschmutzung feststellen kann, sondern in ihren eigen Statements offen zuzugeben, daß er bei der Entwicklung chemischer Waffen eine große Rolle spielt. Wenn schon die sorgfältig ausgewählten Beispiele, mit denen sich die Institute an die Öffentlichkeit trauten, so offensichtlich die Interessen der bürgerlichen Klasse widerspiegeln, wie schaut es dann erst aus mit den übrigen Leistungen?

Sieht man sich z.B. den Stand des Pädagogischen Instituts an, überkommt einen vollends das Gefühl des Abscheus vor der Demagogie, zu der diese Herren greifen: Da war zu sehen ein Bild von einem runden, riesengroßen, bunten Klassenzimmer mit einigen Kindern drinnen mit der Unterschrift, daß die Klassenzimmer auch einmal anders aussehen könnten. Angesichts der Zustände in den Schulen bedeutet das eine offene Verhöhnung der Werktätigen, deren Kinder in den überfüllten Klassen der Volks- und Hauptschulen sitzen, die noch am ehesten Kasernen gleichen, und es spricht eine deutliche Sprache davon, was für Gedanken diese Leute im Kopf haben, die von dem Geld bezahlt werden, das dem Volk über die Steuern abgepreßt wird.

Aber nicht nur die Ausstellung selbst (die mit der Hilfe ebenfalls der Wissenschaft - nämlich der Architektur und Psychologie - gestaltet wurde), sondern vor allem das Verhalten der Vertreter der Wissenschaft dort spricht eine deutliche Sprache: aus den arroganten Belehrungen und reaktionären Hetztiraden gegen den Sozialismus und die revolutionären Erhebungen der Völker spricht ihre tiefe Verachtung gegenüber dem Volk und ihre völlige Unfähigkeit, auf seine Probleme und Nöte einzugehen. Hier konnten sie sich nicht hinter ihre Kriterien der Wissenschaftlichkeit zurückziehen, wie sie das in den Lehrveranstaltungen machen, sondern mußten öffentlich Farbe bekennen. Auf die einfache Frage, warum das Volk nichts davon bemerkt, wie diese Wissenschaft seinen Interessen dient, daß sie vielmehr 1,3 Millionen Schilling dafür ausgeben müssen, um es ihm bemerbar zu ma chen, hörte man nicht selten die Antwort: "Die Masse ist zu ungebildet und dumm, um unsere Leistungen anzuerkennen!"

Es ist etwas Gutes, wenn die Reaktionäre so offen ans Tageslicht treten und selbst ihren wahren Charakter eingestehen und diese Veranstaltung hat vielen Studenten geholfen, sich die bessere Einsicht in den wahren Charakter der Wissenschaft und Ausbildung, der sie unterworfen sind, zu verschaffen. Sie werden sich fortan weniger die Einschüchterungsversuche in den Lehrveranstaltungen gefallen lassen, sondern die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft entschiedener und bewußter vorantreiben!

Red.

















BERICHT DER ZELLE MATHEMATIK - NATURWISSENSCHAFTEN ÜBER DIE AGITATION BEI DER LEISTUNGSSCHAU

Sehr viel erhofften sich die Professoren auf der Leistungsschau von der Ausstellung des Kaskadenimpaktors - eines Geräts zur Trennung von Staubteilchen nach ihrer Größe. Sie stellten das Gerät deshalb auch dort auf , wo es die meiste Aufmerksamkeit erregen konnte: in der Schottenpassage.
Gerade mit diesem Gerät wollte man der Bevölkerung zeigen, wie viel doch an der Phil.Fak. für das Wohl des Volkes getan werde. Der Plan scheiterte kläglich. Vielmehr gelang es Mitgliedern der MLS-Zelle Mathematik/Nawi und anderen fortschrittlichen Naturwissenschaftsstudenten anhand des Kaskadenimpaktors, den volksfeindlichen Charakter der bürgerlichen Naturwissenschaften aufzudecken.

Dieses Gerät wurde schon vor mehr als 10 Jahren in den USA dazu benützt, festzustellen, wie die Teilchengröße von chemischen und biologischen Kampfstoffen sein müsse, damit sie sich am besten in der Lunge ablagern. Das Gerät diente von allem Anfang an der Kriegsforschung. Wenn man diesen Verwendungszweck entlarvt, heißt es, das Gerät würde ja auch für zivile Zwecke verwendet. Stolz wies auch das 1.Physikalische Institut darauf hin, daß der Kaskadenimpaktor zum Kampf gegen die Umweltverschmutzung eingesetzt wird - an Verkehrsknotenpunkten, in Kohlebergwerken usw. Man muß sich aber die Frage stellen, wem das nützt. Nützt es z.B. den Arbeitern, wenn der Kaskadenimpaktor zur Staubuntersuchung in Bergwerken benützt wird ? Nein!
Denn den Arbeitern werden dann Gasmasken, deren Filter mit Hilfe des Kaskadenimpaktors ausgewählt wurden, verordnet. Daß man mit einer Gasmaske nicht mehr arbeiten, den Akkord nicht mehr erfüllen kann, daß ist den Kapitalisten und Herrn Physikern völlig egal.
Den Waagner-Biro-kapitalisten gelang es, den Kampf für die Einrichtung von Luftbefeuchtungs- und Absauganlagen, den einzigen Maßnahmen, die die gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen verbessern könnten, zu spalten. Dabei leisteten ihnen solche wissenschaftliche Untersuchungen, die in der Einführung von Gasmasken und eines 3-tägigen Silikoseurlaubs pro Jahr gipfelten, gute Dienste.
Die Leute, die bei unseren Diskussionen mit den Angestellten des 1.Physikalischen Instituts zuhörten, verstanden diese und andere Argumente sehr wohl, verstanden sehr wohl, daß diese Naturwissenschaft nur den Kapitalisten nützt.
Besondere Empörung erregte der Volksbetrug, der mit dem Kaskadenimpaktor beim Kraftwerk Korneuburg durchgeführt worden war. Die Bevölkerung dort war sehr empört über die Luftverschmutzung durch die Abgase des Kraftwerks. Es wurden sodann Messungen angestellt, die bewiesen, daß die Luftverunreinigung nur 50 % der Verunreinigung durch die Wohnungsbeheizung beträge. Allerdings wurden die Messungen bei solchen Witterungsverhältnissen angestellt, wo die Abgase aus dem hohen Schornstein des Kraftwerks nach oben und der Rauch aus den niederen Schornsteinen der Häuser nach unten gedrückt wurde.

Wenn das Gespräch in der Schottenpassage, wo oft mehr als 50 Passanten zuhörten, dann auf die Finanzierung der Universitäten kam, war den Zuhörern daher sofort klar und einsichtig, daß diese Forschung von den Kapitalisten selbst gezahlt werden soll. Es kam zu heftigen Diskussionen über die Volksfeindlichkeit des gesamten kapitalistischen Systems und was dagegen zu tun sei. Wir propagierten den Kampf um demokratische Rechte, wie etwa die Abschaffung der Massensteuern und die Forderung der Arbeiterklasse nach Bezahlung der Staatsausgaben durch progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft.



BENYA-SALLIGER-SPEKTAKEL - KLEINBÜRGERLICHER AKTIONISMUS

Während der Leistungsschau sprachen im Festsaal der Universität Wien Anton Benya, ÖGB-präsident, und Ing. Rudolf Sallinger, seines Zeichens Präsident der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, zum Thema "Gesetze der Wirtschaft und Freiheit der Wissenschaft". Knapp 150 Personen, hauptsächlich Professoren, Assistenten, noble Gäste und einige, zumeist organisierte Studenten, hatten sich eingefunden. Anhänger der FÖJ, des VMS und der GRM nahmen das zum Anlaß, Sallinger zu stören und den Abbruch der Veranstaltung zu erzwingen. Die MLS hat sich an dieser Aktion nicht beteiligt, die sowohl ihrer Form als auch ihrem Inhalt nach durch und durch kleinbürgerlich war.

Hinsichtlich dieser Veranstaltung ist die MLS von folgendem ausgegangen: Wir dürfen uns nicht von unseren subjektiven Wünschen leiten lassen. Weil uns als Kommunisten die Herren Benya und Sallinger nicht passen, können wir nicht einfach folgern, daß wir deren Vortrag verhindern, auch wenn diese Veranstaltung ihre Funktion innerhalb der Show der Philosophischen Fakultät hat. Bei allen politischen Aktionen, die wir durchführen, ob sie den bürgerlichen Gesetzen nach legal sind oder nicht, geht es einzig und allein darum, die Massenarbeit voranzubringen, Zusammenhänge klar zu machen um in der Organisierung der Massen einen Schritt vorwärts zu kommen. Heute ist die Sozialpartnerschaftsideologie die hauptsächliche Waffe der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse und das Volk ideologisch an den Kapitalismus zu binden. Benya und Sallinger sind 2 der Hauptexponenten dieser Politik. Noch kann allerdings keine Rede davon sein, daß breite Teile des Volkes diese Ideologie in ihrer ganzen Schädlichkeit bereits durchschaut hätten. Das gilt auch für die Masse der Studenten.

Davon mußten wir ausgehen. Worauf es daher ankam, war, das Geschwätz dieser Leute durch anschließende Diskussionsbeiträge zu entlarven um sie in ihrer Volksfeindlichkeit bloßzustellen. Darauf haben wir uns orientiert. Hätten wir uns an der Sprengung der Veranstaltung beteiligt, hätten wir gerade den Unterschied nicht beachtet, der beispielsweise zwischen dieser Veranstaltung und Scrinzi bestanden hat. Scrinzi wollte auf der Uni eine Hetzveranstaltung gegen die Slowenen in Kärnten abziehen. Hier handelte es sich tatsächlich um eine Provokation. Allerdings nicht bloß gegenüber den organisierten fortschrittlichen Studenten, sondern gegenüber der breiten Masse der Studenten, die von solchen eingefleischten Reaktionären nichts wissen will, weil sie deren schäbiges Spiel schon durchschaut haben. Da gab es natürlich nichts mehr zu diskutieren. Die Studenten haben das sehr gut verstanden, über 500 sind nach einem einzigen Aufruf ins Neue Institutsgebäude gekommen, um Scrinzi nach Hause zu schicken.

Als wir daher sahen, daß kaum Studenten gekommen waren, haben wir die Veranstaltung verlassen, weil wir an der Bloßstellung von Benya und Sallinger vor ein paar anderen Benyas und Sallingers kein Interesse haben konnten. Nicht jedoch FÖJ und Konsorten. Sie hatten sich schon von Anfang an vorgenommen, diesmal den "Kampf"aufzunehmen, um zu beweisen, wie "revolutionär" sie sind. Angerichtet haben sie nur Schaden. Offensichtlich glauben diese Leute, ihre ausgesprochen rechte Politik mit einem Spektakel links kaschieren zu können. Eines haben sie dabei allerdings vergessen: auch bei dieser Sache ist das durch und durch rechte Wesen ihrer Politik klar zum Vorschein gekommen.
Denn was ist es anderes als rechte Politik, wenn man es als Provokation empfindet "daß es diesen beiden Herren gelüstet, auch auf der HS ihre Stimme erschallen zu lassen" (Flugblatt der FÖJ) und so tut als wäre die Uni bis jetzt noch ein Hort des akademischen Friedens, nach dem <u>erst jetzt</u> das Kapital in frecher Weise die Hand ausstreckt.

BENYA EIN DISKUSSIONSPARTNER – SALLINGER NICHT

In einem am nächsten Tag verteilten Flugblatt rechtfertigte die FÖJ ihren Aktionismus und die für viele fortschrittliche Studenten erstaunliche, keineswegs aber zufällige, Tatsache, nur Sallinger, nicht aber Benya gestört zu haben, obwohl beide in ihrer Sozialpartnerschaftsleier sich kaum unterscheiden. Der eine beginnt seine Stellungnahme mit "Wir Gewerkschafter", der andere mit "Wir Gewerbetreibende". An der Niederhaltung der Arbeiterklasse haben beide Interesse.

Aufgrund seiner arbeitsfeindlichen Politik hat Benya mit der Arbeiterklasse und mit der Arbeiterbewegung nichts zu tun. Als Klassenversöhnler betreibt er aktiv die Geschäfte der Bourgeoisie, er ist ein Vertreter der Bourgeoisie im ÖGB. Solange solche Klassenverräter daher den ÖGB beherrschen, wird die Gewerkschaft nicht Kampfinstrument der Arbeiterklasse sein, sondern Instument der Bourgeoisie zur Knebelung der Arbeiterklasse.

Das Geschäft solcher Leute ist es gerade, jeden selbständigen Schritt, jede Initiative, jeden selbständigen Kampf der Arbeiter abzuwürgen. Kann man denn solchen Leute, die nicht nur die Ideologie und Politik der Kapitalistenklasse in die Arbeiterklasse hineintragen, sondern auch ihrer ganzen Lebens- und Einkommensweise nach selbst Kapitalisten sind noch als Teil der Arbeiterbewegung bezeichnen?

Will die Arbeiterklasse den Angriffen auf ihre Lebensbedingungen erfolgreich entgegentreten, so muß sie den Kampf selbständig aufnehmen, gegen die Benyas. Sie muß den schonungslosesten Kampf gegen das Klassenversöhnlertum in den Gewerkschaften führen, mit dem Ziel, die Gewerkschaften wieder zum Kampfinstrument für ihre Interessen zu machen.

Benya ist um nichts besser als Sallinger, für die FÖJ ist er allerdings immer noch "Teil der Arbeiterbewegung". Nicht nur durch ihren Aktionismus, sondern auch durch die gerade zu herausgestrichene Unterscheidung Benyas von Sallinger, die diesen eben zu etwas besseren macht, richtet die FÖJ Schaden an, indem sie den Ablösungsprozeß der fortschrittlichen Menschen von diesen Sozialpartnerschaftspolitikern behindert. Diese indirekte Unterstützung für Benya ist aber natürlich kein Einzelfall. Die Arbeitsgemeinschaft "Gewerkschaftliche Einheit", eine rechte Abspaltung der Gewerkschaftlichen Einheit der KPÖ, mit der FÖJ engstens liiert ist, stimmte beispielsweise auf dem letzten Gewerkschaftskongreß der Metallarbeiter vor wenigen Wochen für alle von der SP-Fraktion eingebrachten Anträge!

Das sind übrigens dieselben Leute, mit denen die GRM ihren "Kämpferischen 1. Mai" durchgeführt hat. Ein Wunder, daß das so ganz und gar daneben gegangen ist?

SOFORTIGE ERFÜLLUNG DER ZUSAGEN AN DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Die Entschlossenheit der ausländischen Kollegen während des Streiks im Vorstudienlehrgang und die solidarische Unterstützung der Forderungen der ausländischen Kollegen durch die fortschrittlichen inländischen Kollegen zwangen vor einiger Zeit das Ministerium und die Rektorenkonferenz, eine Reihe von Zusagen über die Veränderung des Vorstudienlehrgangs, die Vertrauensdozenten und den ÖAD zu machen. Wie sich jetzt aber herausstellt, waren die meisten dieser Zusagen nichts als leeres Gerede. Wieder einmal zeigt sich, daß wir dem reaktionären bürgerlichen Staat nur dann jene Rechte abringen können, die wir brauchen, wenn wir nicht auf ihn vertrauen, sondern auf unsere eigenen Kräfte.

DIE ZUSAGEN DES MINISTERIUMS UND DER REKTORENKONFERENZ REICHEN NICHT AUS!

Die Zusagen, die den ausländischen Kollegen während und nach ihrem Streik gemacht wurden, bezogen sich im wesentlichen auf die ausländischen Studenten in Wien. Nachdem schon Minister Firnberg versprochen hatte, daß der ÖAD keine Kontrolle mehr über die ausländischen Studenten haben soll, versprach Rektor Korninger als Vorsitzender der Rektorenkonferenz:

- Die Vertrauensdozenten sollen keine Polizeifunktion mehr ausüben, sie dürfen v.a. keine Bestätigungen mehr ausstellen, die der Polizei als Grundlage zur Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen dienen sollen.
- Der Vorstudienlehrgang soll in seiner jetzigen Form abgeschafft werden. Ab Herbst sollen die ausländischen Studenten die notwendigen Ergänzungsprüfungen in einem interuniversitären Institut ablegen. Eine paritätische Kommission der ÖH und der Rektorenkonferenz soll die Prüfungsfächer festlegen. Es sollen nur noch jene Ergänzungsprüfungen verlangt werden, die - außer Deutsch - auch von den inländischen Studenten für ein entsprechendes Studienfach abgelegt werden müssen (z.B. Latein für Medizin, falls Latein im Maturazeugnis nicht aufscheint).
- Nach demselben Prinzip sollte der Fächerkatalog für die Prüfungen des auslaufenden Vorstudienlehrgangs überprüft werden. Die Prüfungen selbst sollen an zwei Terminen unter Aufsicht von ÖH-Vertretern stattfinden.
- Die Anwesenheitspflicht im VSL soll abgeschafft werden und keinen Einfluß auf die Noten haben.
- Die politische Betätigung im VSL soll nicht mehr unterdrückt werden.

DIE ZUSAGEN AN DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN MÜSSEN SOFORT ERFÜLLT WERDEN!

Keine dieser Zusagen wurde bisher erfüllt! Das spüren die Kollegen im Vorstudienlehrgang tagtäglich.

Die Frage der Aufenthaltsgenehmigung ist völlig ungeklärt. Zwar sind die ausländischen Kollegen jetzt nicht mehr auf die Bestätigungen der Vertrauensdozenten angewiesen, jedoch weigert sich das Innenministerium die einfache Inskriptionsbestätigung als Grundlage für die Aufenthaltsgenehmigung anzuerkennen. Es sucht nach neuen, nicht weniger reaktionären Regelungen. Letzte Woche hat die Direktion des Vorstudienlehrgangs den "revidierten" Fächerkatalog für den jetzigen Vorstudienlehrgang herausgegeben. Dieser "revidierte" Katalog sieht so aus, daß das bisherige Fach "Europakunde" durch das Fach "Wirtschafts- und Sozialgeographie" (!) ersetzt wurde; daß für die Kollegen aus einigen Studienrichtungen mehr statt weniger Prüfungen verlangt werden; mit einem Wort, daß im wesentlichen nichts geändert wurde. Diese Provokation der Rektorenkonferenz, als "Revision" einen Fächerkatalog anzubieten, der die Prüfungsbedingungen im Vorstudienlehrgang noch verschärft, ist man noch während des Streiks dadurch entgegengekommen, daß die Forderungen unklar und ungenau gestellt wurden. Offensichtlich kann unsere Sprache gegenüber diesen falschen und hinterlistigen Herren nicht klar, scharf und nachdrücklich genug sein!

Nicht genug damit! Im VSL selbst verschärft sich der ideologische und politische Druck auf die ausländischen Kollegen. Die Kollegen werden mit immer mehr Zwischenprüfungen konfrontiert, immer mehr reißt die Praxis ein, daß Lehrer im VSL bis zu einer 3/4 Stunde zu spät in die Klassen kommen und dann in der verbleibenden Zeit den Stoff für zwei Unterrichtsstunden aus dem Skriptum herunterleiern, ohne irgendetwas zu erklären. Ebenso selbstverständlich ist es aber dann, daß die Kollegen den solcherart vermehrten Prüfungsstoff können müssen.

Selbst die klarste Zusage von Rektor Korninger ist bis heute noch nicht erfüllt. Es kann keine Rede davon sein, daß die Anwesenheitspflicht abgeschafft ist. Im Gegenteil. In den Klassen werden Anwesenheitslisten geführt. So wird regelmäßig kontrolliert, wer in den Unterricht kommt und wer nicht. Klar und deutlich wird auch gedroht, daß nur jene bei der Prüfung durchkommen würden, die regelmäßig im Unterricht waren.

Mit allen Mitteln wird versucht, die ausländischen Kollegen einzuschüchtern. Damit soll verhindert werden, daß sich die ausländischen Kollegen alle jene Rechte nehmen, die sie brauchen, um den Kampf gegen die Unterdrückung im VSL sowie gegen den VSL überhaupt führen zu können. Mit allen Mitteln wird versucht, die Kollegen im VSL so einzuschüchtern, daß sie endgültig aufgeben und ihre Niederlage perfekt wäre. Bei den bevorstehenden Prüfungen soll verstärkt gesiebt und alle unliebsamen Elemente ausgesondert werden. Ist es da ver-

wunderlich, daß sich viele ausländische Kollegen fragen, was ihnen der Streik überhaupt gebracht habe, daß der Unmut der Kollegen im VSL wächst? Immer mehr Kollegen erkennen heute, daß sie sich nicht auf leere Versprechungen des Ministeriums und der Rektorenkonferenz verlassen dürfen. Ministerium und Rektorenkonferenz haben als Agenten der Bourgeoisie kein Interesse an Maßnahmen, die den ausländischen Kollegen im Kampf gegen ihre Unterdrückung und gegen den Imperialismus nützen, vielmehr setzen sie alles daran, die ausländischen Kollegen zu Handlangern der imperialistischen politik auszubilden. Rektorenkonferenz und Ministerium sind deshalb nicht bereit, freiwillig auch eine jener Forderungen zu erfüllen, die die Beseitigung der Spaltung in In- und Ausländer zum Ziele haben.

Übereilt und schädlich waren alle jene gerüchte und Illusionen über die "Vernunft" des Ministeriums und die "konservative verstaubte Starrköpfigkeit" der Professoren, die von manchen unverbesserlichen Sozialdemokraten verbreitet wurden. Es hat während des ganzen Streiks haufenweise Zusagen, Versprechungen, Manöver aller Art von Firnberg und den Universitätsbehörden gegeben. Nur unter dem Druck der streikenden und der mit diesen solidarischen Kollegen konnten sie erzwungen werden. Sobald der Druck nachließ, wähnten sich die Ministerial- und Universitätsbehörden wieder in Sicherheit, glaubten sie, alles könnte so weitergehen wie zuvor. Daß der Druck und die Wachsamkeit bei den Kollegen im Vorstudienlehrgang nach den einmal gemachten Zusagen nachließ, ist vor allem den so verbreiteten Illusionen zuzuschreiben.

SCHLUSS MIT DEN MANÖVERN VON FIRNBERG UND REKTORENKONFERENZ! SOFORTIGE ERFÜLLUNG ALLER GEGEBENEN ZUSAGEN!

Gerade die Ergebnisse des Streiks und die Tatsache, daß die reaktionären Behörden in keiner Weise bereit sind, freiwillig die berechtigten Forderungen der ausländischen Kollegen zu erfüllen, zeigen, daß nur das entschlossene selbständige Eintreten für die eigenen Forderungen Erfolg haben kann.

Die Kollegen aus den Vorstudienlehrgängen in Graz und Innsbruck haben vor einigen Wochen ebenfalls zu streiken begonnen und streiken noch immer. Sie treten für dieselben Forderungen ein wie ihre Wiener Kollegen. In diesen Tagen finden Verhandlungen statt zwischen Vertretern der Rektorenkonferenz sowie Vertretern der ÖH und der Studenten im Vorstudienlehrgang. Unmittelbar geht es um den Fächerkatalog für die Abschlußprüfungen Anfang Juni. Die Rektoren müssen gezwungen werden, einen reduzierten Fächerkatalog zu akzeptieren, der nur noch die für eine Studienrichtung im engsten Sinne notwendigen Fächer enthält.
Die Prüfungen müssen öffentlich und unter beteiligung von Studentenvertretern ablaufen. Das versprechen der Abschaffung der zwischenprüfungen muß eingehalten werden. Insbesondere müssen die im Juni geplanten Prüfungen für die Erstsemestrigen, die bisher über den Aufstieg in das zweite Semester entschieden, entfallen.
Ab nächsten Herbst muß der Vorstudienlehrgang geschlossen sein. Hochschulkurse für die weiterhin notwendigen Ergänzungsprüfungen müssen eingerichtet werden. Die ausländischen Kollegen müssen dabei den inländischen Kollegen rechtlich völlig gleichgestellt werden. Außer Deutsch sind nur noch solche Prüfungen zu verlangen, die im Reifezeugnis der ausländischen Kollegen nicht aufscheinen und die für die jeweilige Studienrichtung auch den Österreichern vorgeschrieben sind. (z.B. Darstellende Geometrie für Architektur)
Die Rektoren werden kaum gewillt sein, diese Forderungen in bloßen Verhandlungen zu erfüllen. Nur der Druck der fortschrittlichen Studenten, nur ihre Entschlossenheit, sich für diese Forderungen einzusetzen und um ihre Erfüllung zu kämpfen, kann sie dazu zwingen.
Gerade in der jetzigen Situation ist die Solidarität mit den ausländischen Kollegen besonders wichtig. Schon während des Streiks im März hat jeder von uns gesehen, daß der Kampf der ausländischen Kollegen nur dann erfolgreich sein kann, wenn alle fortschrittlichen Österreicher ihn unterstützen, wenn wir alle für die Forderungen der ausländischen Kollegen eintreten. Für die fortschrittlichen Kollegen bedeutet das jetzt, daß sie ihre Solidarität mit den ausländischen Kollegen sichtbar zum Ausdruck bringen. Das bedeutet im entschlossenen Kampf mit den ausländischen Kollegen Druck hinter ihre berechtigten Forderungen zu setzen. Das bedeutet gerade jetzt, in den Lehrveranstaltungen in Hörerversammlungen, auf Kundgebungen an der Hochschule aktiv für die Durchsetzung der Forderungen aufzutreten.

SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DER AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN!

SOFORTIGE ERFÜLLUNG DER EINMAL GEMACHTEN ZUSAGEN DURCH DIE REKTORENKONFERENZ !

WEG MIT DEM ANWESENHEITSZWANG IM VORSTUDIENLEHRGANG, SCHLUSZ MIT ALLEN SCHIKANEN!

REDUZIERUNG DES FÄCHERKATALOGS FÜR DIE ABSCHLUSZPRÜFUNGEN IM JUNI!

BEGRENZUNG DES PRÜFUNGSSTOFFS AUF DEN TATSÄCHLICH VORGETRAGENEN STOFF!
WEG MIT ALLEN ZWISCHENPRÜFUNGEN - KEINE PRÜFUNGEN FÜR DIE ERSTSEMSTRIGEN!

WEG MIT DEM VORSTUDIENLEHRGANG!

FÜR DIE ERTEILUNG VON AUFENTHALTSGENEHMIGUNGEN GEGN VORWEIS EINER INSKRIPTIONSBESTÄTIGUNG!

FÜR DIE VOLLE RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG ALLER IN ÖSTERREICH ARBEITENDEN UND STUDIERENDEN AUSLÄNDER MIT DEN INLÄNDERN!

AFRIKA-KONFERENZ IN OXFORD:
«Der Volkskrieg ist das Entscheidende»

Vom 12. - 15.4. fand in Oxford (England) eine internationale Konferenz von Komitees zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker in den portugiesischen Kolonien und der Republik Guinea- Bissau statt. An der Konferenz nahmen Delegierte von über 40 Afrika-Komitees aus mehr als 20 Ländern der Welt teil. Aus Österreich war eine Delegation des Kommitees Südliches Afrika (KSA) - Wien vertreten. Die Konferenz beschloß, in der Woche vom 23. bis 28. September 1974 anläßlich des 1. Jahrestages der Ausrufung der Republik Guinea-Bissau und des 10. Jahrestages der Eröffnung des bewaffneten Befreiungskampfes in Mozambique eine internationale Woche der Solidarität mit dem Kampf der Völker von Guinea-Bissau, Mozambique und Angola zu organisieren.

Auf der Konferenz, an der Vertreter der Befreiungsorganisationen PAIGC (Guinea-Bissau und Kapverden), FRELIMO (Mozambique) und MPLA (Angola) teilnahmen, entwickelte sich eine offene Diskussion über die bestmögliche Unterstützung, die die fortschrittlichen Kräf-



SAYDI MINGAS von der Befreiungsbewegung in Angola (MPLA) auf der Konferenz in London.

te der Welt für den gerechten Kampf der Völker in den portugiesischen Kolonien leisten können. GIL FERNANDES von der PAIGC erklärte, daß die Republik Guinea-Bissau, die noch immer der verbrecherischen Aggression der portugiesischen Kolonialisten ausgesetzt ist, im Herbst den Antrag zur Aufnahme in die UNO stellen werde. Dieser Schritt sei von größter Bedeutung für die weitere internationale Isolierung der portugiesischen Kolonialisten. Die großen Siege der PAIGC an der politischen und militärischen Front des Volkskriegs seien die Grundlage für diese neue diplomatische Offensive. Fernandes rief die Unterstützungskomitees und alle fortschrittlichen Kräfte in den imperialistischen Ländern auf, durch eine breite politische Mobilisierung ihrer Völker den Druck auf ihre Regierungen zu verstärken und sie so zu zwingen, die Republik Guinea-Bissau diplomatisch anzuerkennen und ihre Aufnahme in die UNO zu unterstützen.

Alberto CASSIMO von der FRELIMO hob die Einheit des Kampfes der Unterdrückten Völker in Afrika und der Völker in den imperialistischen Metropolen hervor: "Unser Volk kämpft um seine Befreiung von jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung. Es kämpft gegen Kolonialismus und Imperialismus. Es kämpft gegen einen Feind, der hier in Euren Ländern sitzt! Deshalb kann die konsequente Unterstützung unseres Kampfes nur darin bestehen, den Kampf in den imperialistischen Ländern selbst zu führen."

Auf der Konferenz waren zahlreiche Komitees vertreten, deren faktische Arbeit nicht dieser Linie folgt. Diese Komitees richten ihr Augenmerk nicht auf die politische Mobilisierung ihrer Völker gegen die imperialistische und prokolonialistische Politik ihrer Staaten, sondern auf rein caritative Sammlungen von Hilfsgütern und auf Versuche, verschiedene bürgerliche Politiker zu einer freundlichen Haltung gegenüber den Befreiungsbewegungen zu überreden. Oft werden solche Komitees zu Handlungen neokolonialistischer Bestrebungen der Bourgeoisien ihrer Länder. Auf diese Gefahr wurde auf der Konferenz immer wieder hingewiesen und betont, daß nur der Kampf der Völker in den imperialistischen Ländern die bürgerlichen Regierungen zur Aufgabe ihrer Unterstützung für die portugiesischen Kolonialisten zwingen und auch die heimtückischen neokolonialistischen Schachzüge durchkreuzen kann.
Die falsche Linie in der Unterstützung des Befreiungskampfs kam im Vorschlag eines Komitees zum Ausdruck, die MPLA solle einen Kanister, der von den Portugiesen gegen das Volk eingesetzten, Entlaubungsmittel nach Europa schicken, damit hier Wissenschaftler ein Gegenmittel entwickeln könnten. SAYDI MINGAS von der MPLA wies diesen Vorschlag zurück und erklärte: "Es gibt nur ein Mittel gegen die Entlaubungsmittel, mit denen die Kolonialisten die Ernten unseres Volkes vernichten: den Volkskrieg führen und im Volkskrieg ausharren bis zum Sieg! Der Volkskrieg ist das Entscheidende. Wenn Sie unseren Kampf unterstützen wollen, dann müssen Sie Ihr Volk mobilisieren für die volle Unterstützung unseres Volkskriegs. Dann werden auch die Portugiesen bald keine Entlaubungsmittel mehr einsetzen können".

Die klare Antwort zeigt die Linie auf, entlang der alle fortschrittlichen Kräfte der Welt den gerechten Befreiungskampf der Völker in den portugiesischen Kolonien unterstützen müssen. "Materielle Hilfe ist nichts, wenn sie nicht verbunden ist mit der Mobilisierung breitester Teile des Volkes für die Ziele des Befreiungskampfes", fuhr SAYDI MINGAS fort: "Wen wir brauchen, ist eine kämpferische Solidarität, keine Gefühlsduselei! Das ist es, was uns in erster Linie in unserem Kampf stärkt".

SIEG DEM VOLKSKRIEG IN ANGOLA, MOZAMBIQUE, GUINEA-BISSAU UND DEN KAPVERDEN! SOFORTIGE UND BEDINGUNGSLOSE ANERKENNUNG DER REPUBLIK GUINEA-BISSAU DURCH DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG!

Portugal: Nur die Volksmacht kann die Rückkehr zum Faschismus verhindern

Am 25.April wurde in Portugal das faschistische Regime durch einen Militärputsch beseitigt. Eine siebenköpfige Militärjunta unter der Führung des Generals Spinolá trat die Macht an.
Die ersten Maßnahmen der neuen Machthaber waren die Auflösung der faschistischen Staatspartei "Nationale Volksaktion" und der Geheimpolizei PIDE, die Aufhabung der Zensur, eine allgemeine Amnestie für politische Gefangene und die Ankündigung von Neuwahlen innerhalb eines halben Jahres. Außerdem versprach die Junta, in einigen Tagen eine provisorische Zivilregierung zu bilden,und die Versammlungs-Vereinsbildungs - und Gewerkschaftsfreiheit zu verwirklichen. Die portugiesischen Volksmassen begrüßten die Beseitigung des Faschistenregimes mit großer Begeisterung. Seit 1926 herrschte die Bourgeoisie in Portugal mit offenem Terror über das Volk. Ein mächtiger Gewaltapparat beantwortete mit blutigen Unterdrückungsmaßnahmen jeden Versuch der Arbeiter, Bauern und Fischer Portugals, sich gegen die elenden Lebensbedingungen und die völlige politische Entrechtung zur Wehr zu setzen. Der Sturz des Faschistenregimes, die Auflösung der verhaßten portugiesischen Gestapo und die neue Bewegungsfreiheit erfüllen deshalb die Volksmassen Portugals mit großer Hoffnung auf die Beseitigung von Elend und Unterdrückung. Die neuen Machthaber werden diese Hoffnungen aber nicht erfüllen.

Das auslösende Moment für die Militärrevolte war der zwei Monate vorher gescheiterte Versuch, eine Änderung der portugiesischen Afrika-Politik zu erzwingen. Die herrschende Klasse Potugals kämpft seit 13 Jahren mit einem gewaltigen Kolonialheer und unter Einsatz von beinahe der Hälfte des Staatsbudgets um die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über ihre afrikanischen Kolonien Angola, Mozambique und Guinea-Bissau. Trotz des immensen Aufwandes und trotz der massiven Unterstützung durch die NATO-Staaten mußten die portugiesischen Kolonialherren dabei Niederlage um Niederlage einstecken.

Die Völker Angolas, Mozambiques und Guinea-Bissaus haben sich in den Befreiungsbewegungen MLPA, FRELIMO und PAIGC zusammengeschlossen und den bewaffneten Befreiungskampf gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter aufgenommen. Ihr Ziel ist die vollständige nationale Unabhängigkeit, die Beseitigung des Kolonialismus in jeder Form und die Errichtung der Volksherrschaft.
In Guinea-Bissau war 1973 der Kampf schon so weit fortgeschritten, daß nach der Befreiung von mehr als drei Vierteln des Landes die freigewählte Nationale Volksversammlung die unabhängige Republik Guinea-Bissau ausrufen konnte.
In Mozambique hat die FRELIMO in einer gewaltigen Offensive im letzten Jahr die befreiten Gebiete über die Hälfte des Landes ausdehnen können.
In Angola ist bereits ein Drittel des Landes unter Kontrolle des Volkes und seiner Befreiungsorganisation MLPA.

Der portugisische Kolonialismus gerät ins wanken

Die Erfolge der kämpfenden Kolonialvölker haben die portugiesische Kolonialmacht in eine immer größere Krise gestürzt. Selbst die brutalsten Methoden der Kriegsführung, wie Flächenbombardements mit Napalm, Massakern unter der Zivilbevölkerung, Kasernierung ganzer Dorfgemeinden in KZs ("Wehrdörfer"), Zerstörung der Ernten mit Pflanzenschutzmitteln konnten nicht verhindern, daß die Kolonialarmee immer weiter zurückgedrängt wurde.
Je brutaler sie den Krieg gegen die Völker führte, desto enger schlossen sich diese zusammen und desto größer wurde ihre Kampfentschlossenheit. Gleichzeitig verstärkte sich auf der ganzen Welt die Protestbewegung gegen den portugiesischen Kolonialismus und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern. Dadurch wurde es den imperialistischen Komplizen des portugiesischen Regimes, allen voran den USA und der BRD, immer schwerer, die Unterstützung der Kolonialisten vor ihren eigenen Völkern zu rechtfertigen.

In Portugal selbst trug der Kolonialkrieg zur weiteren Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Krise bei. Dem ohnehin schon in unvorstellbaren Elend lebenden Volk wurden immer höhere Steuerlasten aufgebürdet. Die Militärdienstzeit wurde auf vier Jahre verlängert. Die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen und die ständige Verschärfung der politischen Repression trieb seit Beginn der Kolonialkriege (1961) bis 1973 fast 2 Millionen Portugiesen ins Ausland, das ist ein Viertel (!) der erwerbsfähigen Bevölkerung Portugals. 100 000 junge Portugiesen desertierten in diesem Zeitraum aus der Armee oder flohen vor ihrer Rekrutierung ins Ausland. Trotz brutaler Repression, trotz Gewerkschafts- und Streikverbot nahmen immer mehr Arbeiter, Angestellte, Bauern und Fischer den Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage auf. Auch unter den Schülern und Studenten verbreiterte sich der Widerstand gegen die politische Entrechtung und gegen die Kolonialpolitik des Regimes.

Die immer deutlicher hervortretende Aussichtslosigkeit des verbrecherischen Kolonialkrieges gegen die afrikanischen Völker und das Anwachsen des Widerstandes im portugiesischen Volk führte zusammen mit den immer größer werdenden Schwierigkeiten der rückständigen portugiesischen Wirtschaft zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der herrschanden Klasse Portugals. Der mit dem faschistischen Staatsapparat eng verfilzte Klüngel von Großgrundbesitzern und ein Teil der mit Monopolrechten ausgestatteten Kapitalisten trat für einen noch schärferen Kurs in Portugal und für die Fortsetzung des Kolonialkrieges ein. Immer mehr Kapitalisten begannen jedoch auf eine Liberalisierung des Regimes in Portugal und eine Änderung der Afrika-Politik zu drängen, um den drohenden Verlust der Kolonien mit anderen Methoden abzuwenden, die internationale Isolierung zu durchbrechen und einen engeren Anschluß an die EWG zu finden. Dieser Teil der portugiesischen Bourgeoisie fand im imperialistischen Ausland und in unzufriedenen Militärkreisen in Portugal immer größere Unterstützung.

Die Kolonialtruppen desertieren

Jedem Kolonialsoldaten war klar, daß gegen den entschlossenen Widerstand des ganzen Volkes kein Krieg gewonnen werden kann. Während sich die Kämpfer der Befreiungsbewegungen in ihrem Volk wie Fische im Wasser bewegen konnten, stand die Kolonialarmee einer geschlossenen Front feindseliger afrikanischer Bauern und Arbeiter gegenüber, die jeden ihrer Schritte an die Volksstreikräfte meldete und selbst bei jeder Gelegenheit zum direkten Angriff überging. Die ständigen Niederlagen demoralisierten die Kolonialtruppen völlig und ließen in ihnen den Haß auf das Regime wachsen, das sie für die Interessen der Kolonialunternehmer, der Großgrundbesitzer

Militär schützt Geheimagenten vor Volkszorn



und internationalen Konzerne in den Tod trieb. Befehlsverweigerungen, Desertionen und die Weigerung ganzer Kompanien, den Fahneneid abzulegen, wurden zu täglichen Erscheinungen.
Für die portugiesischen Kolonialisten und ihre imperialistischen Hintermänner wurde die Lage immer bedrohlicher. In dieser Situation veröffentlichte General Spinola das Buch "Portugal und seine Zukunft" in dem er offen zugab, daß die Kolonien mit militärischen Mitteln nicht zu halten seien. Er schlug vor, die afrikanischen Völker mit anderen, politischen Mitteln unter Kontrollen zu halten. Man solle ihnen formal die Unabhängigkeit geben, sie aber in einen Staatenverband mit Portugal und Brasilien zwingen, in dem in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Fragen die Kolonialisten und Imperialisten das letzte Wort haben sollten. Wie sehr dieser Vorschlag den Bestrebungen mächtiger Kreise der portugiesischen Bourgeoisie und des internationalen Kapitals entsprach, zeigt sich schon daran, daß das Buch Spinolas im Verlag eines der größten portugiesischen Konzerne erschien.

Die Militärjunta tritt die Macht an

Dennoch konnte sich die neue politische Linie nicht sofort durchsetzen. Der Premierminister Caetano, von dem bekannt ist, daß er selbst ähnliche Thesen wie Spinola vertrat, setzte unter dem Druck des Staatspräsidenten Thomaz und der von ihm vertretenen salazaristischen Kreise General Spinola und seinen Vorgesetzten General Costa Gomes ab. Nachdem kurz darauf eine erste Militärrevolte niedergeschlagen werden konnte, besetzten in der Nacht auf den 25. April starke Militäreinheiten Lissabon und Oporto. Caetano übergab Spinola die Macht mit den Worten: "Meine Lage ist so, daß ich dir die Macht übergeben muß, damit nicht der Straßenmob sie an sich reisst." (Time Bericht). Anschließend wurden Caetano, Thomaz und andere Regierungsmitglieder in ein Luxushotel auf der Insel Madeira ins Exil gebracht. Als die Bevölkerung von Lissabon und anderen Städten nach dem Sturz desFaschistenregims auf die verhaßten Geheimpolizisten der Pide Jagd zu machen begann, beeilte sich die Junta, diese Werkzeuge des Faschismus in Schutzhaft zu nehmen, vorgeblich um sie "in einem ordentlichen Gerichtsverfahren der gerechten Strafen zuzuführen." Die erklärte Bereitschaft der Militärjunta, die Herrschaft der Bourgeoisie über das Volk in demokratische Formen zu kleiden, rief auch alle möglichen bürgerlichen Kräfte auf den Plan, die schon unter dem faschistischen Regime auf die "Modernisierung" des portugiesischen Kapitalismus und seines Staates gedrängt hatten. Das größte Aufsehen erregten dabei die "Sozialistische Partei" unter Mario Soares und die ehemals "Kommunistische Partei" unter ALvaro Cunhal, die beide gute Aussichten haben, in die provisorische Zivilregierung aufgenommen zu werden.

Mario Soares: Von der BRD hochgepäppelt

Die sozialistische Partei war erst im Mai vorigen Jahres mit massiver Unterstützung der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung in der BRD aufgepäppelt worden. Die westdeutschen Imperialisten sahen in Mario Soares und seinen Anhängern und unter den Intellektuellen und "fortschrittlichen" Bourgeois Portugals den idealen Statthalter für ihre Pläne :Portugal nach einem Regimewechsel in die EWG zu ziehen und Mozambique, Angola und Guinea-Bissau nach einer"politischen Lösung" des Kolonialkrieges als Neokolonien unter Kontrolle zu halten. Daß Soares, der in unserer Presse als radikaler Sozialist dargestellt wird, keine anderen Pläne als die "Moderni-sierung" des portugiesischen Kapitalismus und der Ausbeutung und Unterdrückung des portugiesischen Volkes anstrebt, geht aus seinem kürzlich erschienenen Buch "Portugal - Rechtsdiktatur zwischen Europa und Kolonialismus" klar hervor. Er schreibt dort: "Das Volk will keinen Vormund mehr. Warum auch sollte es nicht von der Freiheit profitieren, die anderswo in Westeuropa üblich ist?" und jammert über die verpasste "Gelegenheit, in Europa den Platz einzunehmen, der uns rechtmäßig zukommt." Zu den Kolonien und den dort um ihre Freiheit kämpfenden Völkern hatte Soares früher offen die Position "Selbstbestimmung,aber nicht Lostrennung" bezogen. Heute sieht er sich durch die Erfolge der Befreiungsbewegungen dazu gezwungen, verbal für die völlige Unabhängigkeit einzutreten. Wie glaubwürdig diese neue Masche ist, zeigt schon der Jubel, mit dem Soares in seinem Pariser Exil das Buch Spinolas begrüßte und mit welch widerwärtiger Liebdienerei er sich heute in die Arme Spinoals schmeisst, der die Massenmorde in Angola 1961 (5o.ooo Tote), den Überfall auf die Republik Guinea -Conakry 197o und die Ermordung des PAIGC-Führers Amilcar Cabral 1973 auf dem Gewissen hat.
Für Portugal haben Soares und seine SP nichts anderes vor als die Fortsetzung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes in "modernen"Formen für die Kolonien und Guinea-Bissau die neokolonialistische Fortsetzung der Ausplünderung und Fremdherrschaft. Das macht Soares zu einem vertrauenswürdigen Partner von Spinola und zu einem modernen Statthalter der portugiesischen Bourgeoisie und des internationalen Kapitals. Ein Regierungssitz ist ihm sicher, voraussichtlich der des Aussenministers.

Die "K"P biedert sich den neuen Machthabern an

Ähnlich gute Aussichten, Vormund des portugiesischen Volkes zu werden, hat die portugiesische "kommunistische" Partei. Schon im Untergrund hatte diese Partei seit langem alle Prinzipien kommunistischer Politik über Bord geworfen und ausschließlich das Bündnis mit "fortschrittlichen" Bourgeois gegen das Faschistenregime gesucht. Auch ihr Ziel war schon seit langem nicht mehr die Errichtung der Volksherrschaft in Portugal und des Sieg des Sozialismus, sondern der Kapitalismus in seiner parlamentarischen Herrschaftsform, der sich das Mäntelchen der "antimonopolistischen Demokratie" umhängt.
Nach dem Militärputsch eilte der Führer dieser bürgerlichen Partei, Alvaro Cunhal, sofort aus seinem Prager Exil nach Lissabon, um sich an die neuen Machthaber anzubiedern. In ihrer Geilheit nach ein paar Ministerposten in der neuen bürgerlichen Zivilregierung lassen diese angeblichen "Kommunisten" alle Masken fallen. So lügt Cunhal in einem Interview den Militärputsch in eine Aktion der Volksmassen um, die vom Militär nur in die Tat umgesetzt wurde (FAZ 7.5.), fordert die Vereinigung des Volkes mit den Streitkräften, dem Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie und die "Wiederherstellung eines demokratischen Regimes" (Volksstimme 4.5.), womit er nur die bürgerliche Demokratie meinen kann, die Diktatur der Bourgeoisie über das Volk. Den Militärs um Spinola bescheinigt er, daß sie bei ihrem Putsch "offene und demokratische Methoden der Diskussion und der Entscheidung anwandten" , womit er deutlich genug zum Ausdruck bringt, welche "Demokratie"er anstrebt: die Demokratie der Generäle und Bourgeois, an der er selbst auf dem Rücken des Volks kräftig teilzunehmen gedenkt. Cunhal ist als Arbeitsminister der provisorischen Zivilregierung ausersehen. Die Arbeiterklasse und das ganze Volk Portugals wird nach der ersten Freude über die Beseitigung des Faschistenregims rasch feststellen können, daß die Militärjunta und ihre zivilen Nachfolger vom Schlage Soares, Cunhal und anderer bürgerlichen Politiker zwar das vorläufige Ende des Faschismus, aber keineswegs das Ende der kapitalistischen Unterdrückung und Ausbeutung bedeuten. Der Kapitalismus aber wird das Elend der Volksmassen in Portugal auch in seiner neuen Herrschaftsform nicht beseitigen.
Die Wurzeln des Faschismus hat der Militärputsch nicht ausgerissen,und alle bürgerlichen Politiker, einschließlich solcher "Sozialisten" und "Kommunisten" wie Soares und Cunhal, haben mehr als deutlich ausgesprochen, daß sie so etwas nicht vorhaben. Die Macht der Grundbesitzer und des Finanzkapitals wird nicht gebrochen werden, wenn sie nicht von den Volksmassen zerbrochen wird. Das Heer wird weiter ein Werkzeug der Ausbeuterklassen bleiben, das bereitsteht, um auf einen Wink der Monopolherren alle neugeschaffenen demokratischen Ein-


Juntaführer Spinola



richtungen hinwegzufegen, wenn es nicht von den Volksmassen zerschlagen und durch die allgemeine Volksbewaffnung ersetzt wird.
Die Arbeiterklasse steht in Portugal wie in allen kapitalistischen Ländern vor der Aufgabe, den neuen bürgerlichen Staat zu zerschlagen und an die Stelle der bürgerlichen Demokratie die uneingeschränkte, ungeteilte Volksherrschaft zu setzen, um den Sieg des Sozialismus zu erkämpfen. Nur auf diesem Weg wird sich das portugiesische Volk unter der Führung der Arbeiterklasse wirklich von Elend und Unterdrückung befreien können. Nur auf diesem Weg wird sich das portugiesische Volk auch vor der Rückkehr zu dem verhassten faschistischen System schützen können, unter dem es fast ein halbes Jahrhundert stöhnte. Auf diese große Aufgabe bereitet sich die Arbeiterklasse in Portugal heute erst vor. In den Tageskämpfen gegen die alten und neuen Machthaber gewinnt sie die Kraft und wird sie sich die politische Organisation aufbauen, die sie zu ihrer Befreiung und zur Befreiung des ganzen Volkes braucht.
Die Bedingungen für diesen Kampf haben sich durch den Sturz des faschistischen Regimes ungeheuer verbessert. So wie der entschlossene Kampf der afrikanischen Völker zur Verschärfung der Widersprüche in der portugiesischen Ausbeuterklasse und schließlich zum Sturz des Faschismus und damit zu günstigeren Kampfbedingungen für das portugiesischeProletariat führte, so werden die Völker in Angola, Mozambique und Guinea-Bissau weiterhin die engsten Verbündeten der portugiesischen Arbeiterklasse sein. Die neue Strategie der portugiesischen Kolonialisten, den offenen Kolonialismus durch den versteckten Neokolonialismus zu ersetzen, wird am hohen politischen Bewußtsein und an der Kampfentschlossenheit der afrikanischen Völker scheitern. Sie haben nicht in 13 Jahren Volkskrieg das Blut ihrer besten Söhne vergossen,um sich jetzt einer neuen Form der Fremdherrschaft zu unterwerfen. Sie sind , wie die Sprecher ihrer Befreiungsorganisationen betonten, zu Verhandlungen mit der Junta bereit, aber nur zu Verhandlungen über die sofortige totale Unabhängigkeit. Bis dahin werden sie ihren gerechten Volkskrieg fortführen.Die Versuche der Junta, die Befreiungsbewegungen mit einer sogenannten "Anerkennung als politische Partei" zur Aufgabe ihres Kampfes zu bewegen oder, wie das heute in Guinea-Bissau geschieht, mit verstärkten Luftangriffen auf die befreiten Gebiete zur Kapitulation zu bomben, werden genauso scheitern wie alle früheren Versuche der alten und neuen Kolonialisten, die afrikanischen Völker zu besiegen.

(aus Klassenkampf Nr. 5)

STELLUNGNAHME DER FRELIMO

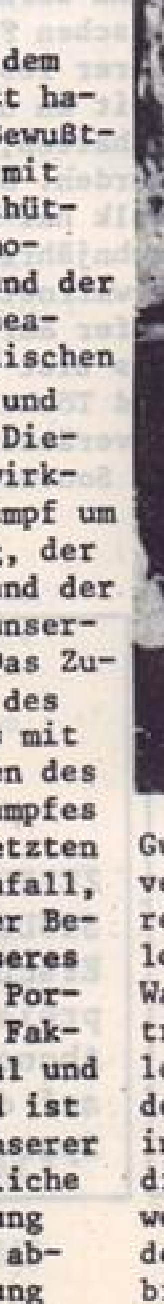
Wir veröffentlichen hier eine Stellungnahme der FRELIMO, die auf die Ereignisse in Portugal eingeht und die Aufgaben der Befreiungsbewegung bestimmt: auf keine "politische Lösung" einzugehen, sondern den Kampf bis zur restlosen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts weiterzuführen. Die Absichten der Junta sind klar. Der offene Kolonialsimsu hat Schiffbruch erlitten, auf dem Schlachtfeld sind die Befreiungsbewegungen nicht zu schlagen und so sollen neue Wege eingeschlagen werden, um die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Kolonialvölker doch noch verhindern zu können. Das sind die Ziele Spinolas und seiner Anhänger, er hat sie in seinem Buch klar zum Ausdruck gebracht und die "aufgeklärten" Imperialisten haben ihm begeistert Beifall geklatscht. In der Erklärung der FRELIMO wird der untrennbare Zusammenhang des Kampfes um Volksdemokratie in Portugal und der restlosen Gewährung des Selbstbestimmungsrechts, d.h. des Rechts auf völlige Lostrennung für die Völker der portugiesischen Kolonien aufgezeigt. Alle fortschrittlichen Menschen werden aufgerufen, gerade jetzt die Ziele der Befreiungsbewegungen zu unterstützen und in einer breiten Solidaritätsbewegung zum Ausdruck zu bringen.

Redaktion

Erklaerung des Exekutivkomitees der FRELIMO zu den Ereignissen in Portugal



Am 25.April 1974 hörten wir Radiomeldungen über den Staatsstreich der portugiesischen Streitkräfte, der mit der Vertreibung der Regierung Marcelo Caetanos und ihrer Ersetzung durch die "Junta der nationalen Rettung" endete. Diese Wendung soll, wie ihre Vertreter sagen, eine Lösung für die aktuelle Krise bieten, die Regime und Gesellschaft in Portugal durchmachen.
Der Staatsstreich, der gerade stattgefunden hat, kann nicht isoliert betrachtet werden. Er ist das Ergebnis des neuen Bewußtseins immer größer werdender Teile des portugiesischen Volkes über den vom faschistischen Regime angezettelten Kolonialkrieg; sie haben erkannt, daß dieser Krieg auf die Unterdrückung des Unabhängigkeits- und Freiheitsstrebens der Völker in den Kolonien abzielt, und daß er dem Wunsch des portugiesischen Volkes nach Wohlfahrt und politischer und sozialer Demokratie widerspricht.
Nun beglückwünschen wir vor allem die demokratischen Kräfte in Portugal, die sich viele Jahre lang mutig dem Kolonialkrieg widersetzt haben. Dieses wachsende Bewußtsein ist eng verbunden mit der Bejahung des unerschütterlichen Willens des mozambikanischen Volkes und der Völker von Angola, Guinea-Bissau und der Kap-Verdischen Inseln, Unabhängigkeit und Freiheit zu erreichen. Dieser Wille hat sich verwirklicht im bewaffneten Kampf um die nationale Befreiung, der ständig gewachsen ist und der bereits weite Gebiete unseres Landes erfaßt hat. Das Zusammenfallen der Krise des portugiesischen Regimes mit den großen Fortschritten des nationalen Befreiungskampfes in Mozambique in den letzten zwei Jahren ist kein Zufall, sondern ein zusätzlicher Beweis des Einflusses unseres Kampfs auf die Lage in Portugal. Der bestimmende Faktor der Lage in Portugal und in den Kolonien war und ist noch immer der Kampf unserer Völker. Und die wesentliche Frage, von der die Lösung aller anderen Probleme abhängt, ist die Erreichung der Unabhängigkeit der Völker von Mozambique, Angola, Guinea-Bissau und der Kapverdischen Inseln, sowie der restlichen portugiesischen Kolonien.



Was da portugiesiche Volk betrifft, so wird es zweifellos einen Schritt vorwärts in der Errichtung der Demokratie in Portugal bedeuten, wenn die Prinzipien verwirklicht werden, die von den Führern des Staatsstreichs in ihren bisherigen Erklärungen proklamiert wurden. Die gleichen jungen Menschen, die sich in Einklang mit dem Streben des portugiesischen Volkes nach Verwirklichung seines legitimen Rechtes auf Demokratie, Freiheit und wirkliche Unabhängigkeit dafür eingesetzt haben, daß der 48-jährigen ununterbrochen Diktatur ein Ende gesetzt wird, haben durch die Teilnahme am Kampf gegen unser Volk die Ungerechtigkeit dieses Krieges erkannt. Dadurch wurde ihnen auch der Charakter des Regimes klar, das sie dazu zwang,

ihr Leben für die Verteidigung von Interessen zu lassen, die denen ihres Volkes entgegengesetzt sind. Die Errichtung der Demokratie in Portugal wäre ein Sieg des portugiesischen Volkes, ein Sieg, der uns freuen würde.

Für das Volk von Mozambique unter der Führung der FRELIMO ist die korrekte Bestimmung des Feindes ein grundlelegendes Prinzip. Der Feind des Volks von Mozambique ist nicht das portugiesische Volk, das selbst Opfer des Faschismus ist, sondern der portuiesische Kolonialismus. Und ein wichtiger Teil der portugiesischen Armee selbst mußte einsehen, daß in dem Kolonialkrieg nicht die Interessen des eigenen Volkes verteidigt wurden, als er die wachsende Ablehnung in der portugiesischen Öffentlichkeit spürte. Wenn wir mit unserem Kampf einen Beitrag geleistet haben, zum Kampf des portugiesischen Volkes gegen den Faschismus, und um sein Recht auf Demokratie, so muß sich die FRELIMO dazu beglückwünschen. Aber genauso wie das portugiesische Volk das Recht auf Unabhängigkeit und Demokratie hat, darf dieses Recht dem Volk von Mozambique nicht verwehrt werden. Es ist dieses einfache, aber grundlegende Recht für das wir kämpfen. Die Ziele der FRELIMO sind äußerst klar: vollständige Unabhängigkeit des Volks von Mozambique und Vernichtung des portugiesischen Kolonialismus. Das Volk von Mozambique und das portugiesische Volk sind zwei verschiedene Völker und ihre politische, kulturelle und soziale Eigenständigkeit kann nur eingelöst werden durch die Unabhängigkeit von Mozambique.

Wir kämpfen nicht dafür, Portugiesen mit schwarzer Haut zu werden. Wir kämpfen, um uns als Mozambikaner zu behaupten, ohne daß wir damit das portugiesische Volk oder irgendein anderes Volk beleidigen wollen. In diesem Sinn bekräftigt die FRELIMO ihren Wunsch, zur Zusammenarbeit mit allen Völkern der Welt auf der Basis von Unabhängigkeit, Gleichheit, Achtung und gegenseitigem Nutzen. Weiters versichert die FRELIMO, daß die Bestimmung, ob einer ein Mozambikaner ist oder nicht, nichts zu tun hat mit der Hautfarbe oder seiner rassischen, ethnischen, religiösen usw. Herkunft. Mitglied der FRELIMO ist jeder Mozambikaner, der sich für ihr Kampfprogramm gegen den portugiesischen Kolonialismus, für die Unabhängigkeit von Mozambique einsetzt. FRELIMO ist keine rassistische Organisation und sie führt keinen rassistischen Krieg. Wir wiederholen hier, was wir im Juli 72 erklärten, als wir eine neue Front eröffneten: *"Wenn wir jetzt den Kampf in Manica e Sofala beginnen, wo ein großer Teil der portugiesischen Bevölkerung unseres Landes lebt, versichern wir, daß sich unser Kampf nicht gegen diese richtet, sondern daß unser Sieg denen, die von ehrlicher Arbeit leben und die unter kolonialistischer und faschistischer Ausbeutung leiden, nur nützen kann. Das Volk von Mozambique ruft die portugiesischen Soldaten und alle Portugiesen brüderlich auf, sich den gemeinsamen Anstrengungen zur Befreiung anzuschließen. Wenn wir die wachsende Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes durch weiße Mozambikaner begrüßen, warnen wir gleichzeitig bestimmte Teile der europäischen Bevölkerung von Mozambique vor den Versuchen ultrarassistischer Kräfte, unseren bewaffneten Befreiungskampf in einen totalen Krieg zwischen Schwarz und Weiß zu verwandeln, wozu sie von den benachbarten rassistischen Regimes aufgestachelt werden. Mit diesem Manöver sollen die weißen Siedler dazu gebracht werden, aktiv an der Unterdrückung unseres Volkes teilzunehmen. Das macht sie zu Instrumenten fremder Kräfte und dient weder ihren Interessen noch denen des mozambikanischen Volkes."*

Freiheit und Unabhängigkeit, die Behauptung unserer Eigenständigkeit sind die Ziele unseres Kampfes. FRELIMO-Kämpfer sind keine Berufssoldaten. Sie sind Mozambikaner, die die Waffen tragen. Sie sind vor allem politische Kämpfer, die zur Waffe gegriffen haben, um der täglichen Gewalt der kolonialen Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende zu bereiten. Es ist die Sache der portugiesischen Regierung, aus den vergangenen Erfahrungen zu lernen und zu erkennen, daß nur durch die Anerkennung des Rechts auf Unabhängigkeit des mocambikanischen Volkes unter der Führung der FRELIMO, seinem authentischen und legitimen Vertreter, der Krieg beendet werden kann. Jeder Versuch, dem wirklichen Problem auszuweichen, wird nur zu neuen, gleichfalls vermeidbaren Opfern führen. Der Weg zur Lösung des Problems ist klar: Anerkennung des Rechts des mocambikanischen Volkes auf Unabhängigkeit. Wenn es aber das Ziel dieses Staatstreichs ist, neue Formeln zu finden, um die Unterdrückung unseres Volkes aufrechtzuerhalten, dann warnen wir die portugiesischen Führer, daß sie unserer festen Entschlossenheit an unserem Ziel festzuhalten, gegenüberstehen werden. Das mocambikanische Volk hat im Laufe seines zehnjährigen heldenhaften bewaffneten Kampfes schwere Opfer auf sich genommen und das Blut seiner besten Söhne und Töchter vergossen, um das unveräußerliche Prinzip seiner Souveränität als freie und unabhängige Nation zu verteidigen. Politisch und militärisch gestählt, durch die wachsenden Erfolge des bewaffneten Kampfs um die nationale Befreiung ermutigt, geeinter denn je unter der Führung der FRELIMO, wird das mozambikanische Volk vor keinem Opfer zurückschrecken, das für die Erfüllung seiner Rechte und seiner tiefsten Sehnsüchte notwendig ist.

Wir können nicht anerkennen, daß unter dem Deckmantel der Demokratie für das portugiesische Volk unserem Volk die Unabhängigkeit vorenthalten wird. So wie Caetanos Ära klar gezeigt hat, daß es keinen liberalen Faschismus gibt, muß man erkennen, daß es so etwas wie einen demokratischen Kolonialismus nicht gibt.

Im jetzigen Augenblick ist es wichtig, daß alle Kräfte, die mit den Völkern von Mocambique, Angola, Guinea-Bissau, den Kap Verden und Sao Tome e Proncipe solidarisch sind, ihre Anstrengungen für die Anerkennung unseres Rechtes auf völlige Unabhängigkeit fortführen. Sie müssen wachsam bleiben gegenüber sämtlichen Manövern seitens der portugiesischen Regierung und des Regimes in Südafrika und im rassistischen Rhodesien, die den Prozeß unserer vollständigen Befreiung aufhalten sollen. Es ist ebenfalls unabdingbar, daß die Kräfte, die unseren Kampf unterstützen, jetzt ihre Unterstützung für die Befreiungsbewegungen auf allen Ebenen verstärken, so daß mit dem Ende des portugiesischen Kolonialismus die Sehnsüchte unseres Volkes, die die der ganzen Menschheit sind, erfüllt werden.

UNABHÄNGIGKEIT ODER TOD !
WIR WERDEN SIEGEN !
DER KAMPF GEHT WEITER !

Exekutivkomitee der FRELIMO,
27.April 1974

IMPRESSUM: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger und für den Inhalt verantwortlich: Margarita Schneider, 1080 Wien, Mölkergasse 3